

POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 34

Juni 2009



**BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerk, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Seite 5

Aktuelle Veranstaltungen der osthessischen Bezirks- und Kreisgruppen

Seite 7

Kreisgruppe Main-Kinzig: Fehlstellen weiterhin ein großes Problem

Seite 9

Die Polizei in Osthessen rief, und alle kamen

Seite 14

BZG Süd-Ost: Skifreizeit 2009 in Saalbach-Hinterglemm

Seite 19

Frühling an der Saar: Ausflug der GdP-Senioren zum Weltkulturerbe: Stahlwerk Völklinger-Hütte

Seite 20

BZG Süd-Ost: Die ersten schönen Tage des Jahres.

Seite 21

GdP-Beirat tagte in Wißmar - Die Zukunft der Polizei beraten

Seite 23

Tarifverhandlungen: Gutes Ergebnis erzielt

Seite 25

Prophylaxe gegen FSME für alle

Seite 26

BZG Süd-Ost: Ehrungen und Verabschiedungen

Seite 27

„Ben-Hur Wagenrennen“ in Bad Orb

Seite 29

DGB Fulda feierte friedliches Mai-Fest

Seite 32

BZG Osthessen: Norbert Schlüter in den Ruhestand verabschiedet

Seite 35

Dienstjubiläum und Amtseinführungen in Osthessen

Seite 36

2. Verkehrspolitiches Forum der GdP in Potsdam

Seite 39

Vertrauensleuteseminar auf der Ronneburg

Seite 43

Beförderungen beim PP Osthessen

Seite 44

Horst W. Bichl: Ein Schutzmann verlässt die Bühne

Seite 47

Unser Titelfoto ist eine Collage vom "Tag der offenen Tür" beim Polizeipräsidium Osthessen am 16. Mai 2009.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

unmittelbar nach dem Erscheinen der letzten Ausgabe des Polizei Reports wurde durch eine Marathonsitzung der neue Tarifvertrag ausgehandelt. In den frühen Morgenstunden des 28. März war alles unter Dach und Fach, zumindest für die Tarifbeschäftigten.

Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten konnte nicht ganz erreicht werden, da Innenminister Bouffier von Anfang an die Frage der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten ausgeklammert wissen wollte. Die Verhandlungen zu diesem Thema sollen im Zuge der Dienstrechtsreform geführt werden. Neben der Wochenarbeitszeit steht dann weiteren Themen, wie z.B. die Lebensarbeitszeit, Beihilfe, Besoldungsordnung etc. auf dem Plan.

Abschließend sei zu der Übernahme des Tarifergebnisses gesagt, dass die Nachzahlung der Gehaltserhöhung bei den Beamtinnen und Beamten zum Juni nicht geklappt hat. Dies hat Finanzminister Weimar in einem Rundbrief erklärt und zugesagt, dass die Nachzahlung im Juli erfolgt, es wird aber wohl August werden.

Ende letzten Jahres berichteten wir ausführlich über die Kooperation aller hessischen Polizeigewerkschaften, um in Sachen „Dienstrechtsreform“ mit einer Stimme dem Dienstherrn entgegentreten zu können – dies ist wirkungsvoller, als wenn jeder alleine kämpft. Derzeit werden in der Arbeitsgruppe die gemeinsamen Positionen festgelegt. In Kürze dürfte der erste gemeinsame Gesprächstermin mit dem Innenminister erfolgen. Dann wird sich zeigen, wo die Reise hingeht. Dazu werden wir in der kommenden Ausgabe des Polizei Reports ausführlich berichten.

Das bestimmende Thema in den zurückliegenden Monaten war und ist die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf uns alle. Die Wirtschaftleistung war teils dramatisch rückläufig und Traditionsunternehmen wie Opel, Karstadt oder Continental standen bzw. stehen auf der Kippe. Die Finanzwirtschaft hat sich, orientiert man sich an der Entwicklung der betreffenden Börsenkurse, wieder etwas stabilisiert.

Gleichwohl hat der Staat in dieser Lage das einzige Richtige getan und mit zusätzlichen Finanzmitteln die Wirtschaft gestützt bzw. angekurbelt. Hoffen wir, dass sich dieser Trend langfristig stabilisiert und wieder für eine normale Wirtschaftslage sorgt. Es ist das Gesetz der Serie, dass einige auf „der Strecke“ bleiben werden und einige gestärkt aus der Krise hervorgehen werden. Verlierer und Sieger gab es in besonderen Lagen schon immer und es wird sie auch in Zukunft geben.

Die Frage, die insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes interessiert, wird sein, wer zum Schluss die „Zeche“ für die milliardenschweren Subventionen und Unterstützungen des Staates zahlt. In der Vergangenheit wurde insbesondere der öffentliche Dienst durch Gehaltsverzicht und Stellenstreichungen mit in die Pflicht genommen.

Gerade bei der Polizei haben sich die Stellenstreichungen durch PVS, verringerte Ausbildung etc. als fatal erwiesen. Die Dienst- und Ermittlungsgruppen sind ausgedünnt worden. Die abgezogenen Stellen wurden für neue, andere Aufgaben benötigt. Es ist logisch, wenn für neue, vorher so nicht dagewesene Aufgaben, Personal benötigt wird. Es macht aber keinen Sinn, dadurch andere Bereiche personell zu vernachlässigen.

Die Einstellung neuer, zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten ist dringend geboten. Zumindest haben die verantwortlichen Politiker den Personalmangel öffentlich eingestanden und die Einstellung von 500 neuen Polizisten in diesem Jahr versprochen.

Vorwort

Die Einstellung der neuen 150 Wachpolizisten auf zusätzlichen Stellen bringt etwas Entlastung, zumindest im Bereich des Objektschutzes und bei der Bewachung von Polizeiliegenschaften. Gleichwohl haben wir aber immer noch etwa 250 Wachpolizisten, die immer noch Polizeivollzugsstellen blockieren. Das Fehlen dieser Stellen beim Polizeivollzug ist tagtäglich auf den Dienststellen spürbar. Erwartungen wegen den von Anbeginn in Aussichtgestellten Höhergruppierungen sind immer noch vorhanden und auch berechtigt. Die Frage der Unfallabsicherung ist zwar besser als früher, aber immer noch nicht zufriedenstellend.

Jetzt, wo überall Personalmangel herrscht muss darauf geachtet werden, dass die nach BAT VI b eingruppierten Wachpolizisten nicht klammheimlich in die Schichten verlagert werden und damit in einem schleichenden Prozess Polizeivollzugsbeamte 1:1 ersetzen. Hierzu erwarten wir von Innenminister Bouffier eine klare Aussage, damit man vor Ort erst gar nicht auf diese Gedanken kommt.

Noch vor wenigen Monaten war die belastungsorientierte Personalverteilung das Personalsteuerungsinstrument schlechthin. Seitdem der Innenminister und sein Staatssekretär öffentlich den Personalmangel bei der Polizei kundgetan haben, schickt es sich nicht mehr, dieses Wort in den Mund zu nehmen, oder gar dessen Fortschreibung zu fordern. Es könnte ja zu öffentlicher Kritik, wie z.B. im Werra-Meißner-Kreis führen.

Gleichwohl wurde im letzten Jahr, die Stellenwelt auf der Ebene der Direktionen belastungsorientiert geordnet. Das Ergebnis kennen wir und spüren es insbesondere in den Dienstgruppen. In den Stäben und Abteilungen hat niemand belastungsorientierte Personalbedarfe ermittelt oder gar Fehlstellen, durch Wachpolizisten besetzte Vollzugsstellen etc. anteilmäßig ver-/berechnet.

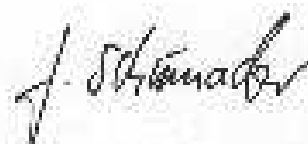
Pensionsschwache Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren in Ruhestand. Dies wirkt sich insbesondere auch auf Beförderungsmöglichkeiten aus. Weniger Beförderungen bedeuten auch, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen für sich ihr vorzeitiges Karriereende feststellen und dies hat auch Auswirkungen auf die Motivation und Arbeitsfreude. Deshalb sind wir alle (Politik und Gewerkschaften) im Dienstrechtsreformprozess gefordert, intelligente Lösungen zu verhandeln, die Perspektiven und berufliches Weiterkommen für alle Altersgruppen und Dienstbereiche vorsehen.

In diesem Sinne verbleiben wir

Euer



Ewald Gerke
BZG-Osthessen



Jörg Schumacher
BZG-Südosthessen

GdP-Radtour nach Schlitz

Die Bezirksgruppe Osthessen veranstaltet am Samstag, 18. Juli 2009, gg. 12.00 Uhr, ein Fahrradtreffen in Schlitz-Pfordt, Landgasthof: „Porta“. In Absprache veranstalten die osthessischen Kreisgruppen an diesem Tag Fahrradtouren mit dem gemeinsamen Ziel Schlitz-Pforst. Nähere Informationen zu den jeweiligen Kreisgruppentouren gibt es bei den Kreisgruppen.

Die Kreisgruppe Fulda trifft sich um 10.00 Uhr vor dem Polizeipräsidium und auf dem Radweg R1 Richtung Schlitz. Nach kurzer Rast am Wartturm in Lüdermünd geht es weiter. Gegen 12.00 Uhr treffen wir uns, jetzt mit den KG-VB und Bad Hersfeld in Schlitz/Pfordt im Landgasthof „Porta“ zum gemeinsamen Mittagessen.

Nach der Mittagsrast fahren wir dann zusammen zur Burgenstadt Schlitz. Hier ist eine kleine Stadtbesichtigung geplant. Anschließend fahren wir über Bad Salzschlirf, Großenlüder (mit kurzer Rast) nach Fulda, wo der gemütliche Abschluss der Radtour ist. Eine Bitte noch, um planen zu können, Anmeldung verbindlich abgeben bei Bernhard Adler oder Thomas Scheunert.



Ausflug der GdP

**Kreisgruppe Fulda
und PAST Petersberg**



29. August 2009

Abfahrt: 08.00 Uhr Parkplatz PPOH

Programm:

- **Führung Kloster Eberbach**
- **Besichtigung Niederwalddenkmal**
- **Sesselliftfahrt nach Rüdesheim**
- **Schiffahrt nach Wiesbaden**
- **Ausklang im Rheingau**

Unkostenbeitrag: 20 Euro

darin enthalten:

- **Busfahrt**
- **Frühstück**
- **Klosterführung**
- **Sesselliftfahrt**
- **Schiffahrt**

Platzreservierungen in der Reihenfolge der Anmeldung

GdP Mitglieder / innen überweisen den Unkostenbeitrag bis 15.08.2009 auf Kto: 3715 BLZ:53050180, Sparkasse Fulda, Stichwort: GdP-Ausflug 2009

oder in bar bei Anmeldung an Martin Schäfer (Pressestelle) oder Thomas Scheunert (Personalrat)

Martin.Schaefer@polizei.hessen.de / (0661) 105 - 1011
Thomas.Scheunert@polizei.hessen.de / (0661) 105 - 1040



Thorsten Pfeiffer und Peter Happ ehren für 25-jährige Mitgliedschaft: Von links: Thorsten Pfeiffer, Uwe Sachs, Andreas Richter Erhard (Ede) Schnarr, Andreas Weiher, Karl-Heinz Becker, Joachim Göhlert, Peter Happ.

vorstandes waren es auch die üblichen geselligen Events, die sich von kulturellen Angeboten bis hin zu einer erstmals durchgeführten Skifreizeit erstreckten und allesamt hohen Zuspruch erhalten hatten.



Landrat Erich Pipa bedankte sich in seinem Grußwort bei den Polizisten/-innen des Main-Kinzig-Kreises für ihre engagierte Arbeit.

Im Rahmen seines Grußwortes bedankte sich Landrat Pipa bei allen Anwesenden für die geleistete Arbeit. Unmissverständlich brachte dieser zum Ausdruck, dass er hinter „seiner Polizei“ stehe und die Gesellschaft gerade in der heutigen Zeit mehr denn je eine starke Gewerkschaft benötige.

Polizeipräsident Bernhardt hob in seinem Grußwort hervor, dass die

„Sicherheit der Bürger“ im Vordergrund seiner Bemühungen stehe. Mit Blick auf die Reduzierung der Fallzahlen und der Steigerung der Aufklärungsquote sei man diesem Ziel ein Stück näher gekommen. Er bedankte sich bei allen Mitarbeitern/-innen und informierte die Versammlungsteilnehmer u.a. über seine ehrgeizigen Jahresziele.

GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller informierte in seinem umfassenden Referat unter anderem über den Sachstand der aktuellen Tarif- und Besoldungsverhandlungen, die im Rahmen einer sogenannten „großen Lösung“, also mit dem Ziel der Reduzierung der Wochenarbeitszeit, verhandelt würden. Im Rahmen der Versammlung wurden zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt (siehe Kasten) und bekamen ein Präsent überreicht.

Abschließend bedankte sich Peter Happ auch bei seinen Vorstandskollegen, die engagiert und mit Sachverstand zum Wohle der Kreisgruppenmitglieder arbeiten.

Peter Happ
Vorsitzender

25 Jahre Mitgliedschaft:

**Rolf Wenzel
Michael Schöfer
Bernd Landmann
Joachim Göhlert
Erhard Schnarr
Uwe Sachs
Inge Schäfer
Andreas Richter
Michael Zull
Karl-Heinz-Becker
Andreas Weiher
Rolf Wenzel
Achim Diethöfer
Peter Happ**

40 Jahre Mitgliedschaft:

**Heinrich Hoelzle
Waldemar Landmann
Otto Moritz
Peter Schütz
Gerhard Oestreich**

50 Jahre Mitgliedschaft:

**Renate Rücker
Günther Gensch
Wilfried Simon**

60 Jahre Mitgliedschaft:

**Erika Seuthe
Ingeburg Hanna Fettes**

Mitglieder des Kreisgruppenvorstandes:



Markus Hüschenbett ist der Vertreter der Jungen Gruppe der GdP im Main-Kinzig-Kreis.



Kreisgruppenkassierer Peter Born.



Torsten Pfeiffer, stellv. Vorsitzender.



Norbert Tumbrügel kümmert sich um die Anliegen der Senioren und ist u.a. für die Kreisgruppenfahrten mitverantwortlich.



Schriftführer Andreas Stüb.

Elternzeit: Übertragung ist möglich

Die in Anspruch genommene Elternzeit kann durch die Arbeitnehmerin wegen der Geburt eines weiteren Kindes vorzeitig beendet werden. Der Arbeitgeber kann eine solche Beendigung und Übertragung der Elternzeit nur innerhalb von vier Wochen aus dringenden betrieblichen Gründen schriftlich ablehnen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin nahm für ihre am 4. Juli 2004 geborene Tochter Elternzeit vom 3. September 2004 bis 3. Juli 2007 in Anspruch. Am 23. Juli 2006 wurde ihr Sohn geboren. Mit Schreiben an den Arbeitgeber vom 16. August 2006 nahm sie für dieses Kind Elternzeit vom 19. September 2006 bis 22. Juli 2009 in Anspruch. Die Elternzeit für ihre Tochter sollte deshalb vorzeitig beendet und die dadurch verbleibende Elternzeit an die Elternzeit für den Sohn „drangehängt“ werden. Der Arbeitgeber lehnte mit Schreiben vom 21. September 2006 gegenüber der Arbeitnehmerin ab, der Übertragung der restlichen Elternzeit für die Tochter auf die Zeit nach Ende der Elternzeit für den Sohn zuzustimmen. Die Arbeitnehmerin erhob Klage auf Zustimmung des Arbeitgebers und hatte damit Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Arbeitnehmerin hat die Elternzeit für ihre Tochter mit Erklärung aus dem Schreiben vom 16. August 2006 vorzeitig beendet. Der Beendigung entgegenstehende dringende betriebliche Gründe hat der Arbeitgeber nicht dargelegt. Er ist auch verpflichtet, der Übertragung der restlichen Elternzeit für die Tochter der Arbeitnehmerin zuzustimmen. Seine Weigerung entspricht nicht billigem Ermessen. Er hat nicht dargelegt, welche Nachteile ihm durch die Übertragung der Elternzeit entstehen würden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 21. April 2009 - 9 AZR 391/08



Die Polizei in Osthessen rief, und alle kamen

So könnte das Resümee des zufriedenen Veranstalters ausfallen, wenn man den Tag der offenen Tür beim Polizeipräsidium Osthessen beschreiben wollte. Mit Fertigstellung und Einweihung des II. Bauabschnitts des Polizeipräsidiums Osthessen in Fulda durch Herrn Staatssekretär des hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, Boris Rhein, fand an einem zeitweise sonnigen und trockenen Samstag im Wonnemonat Mai, genauer am 16.05.2009, ein Tag der offenen Tür statt, der zu einer überwältigenden Resonanz in der Bevölkerung führte.

Es war erst die zweite Veranstaltung dieser Art; die erste lag schon sieben Jahre zurück und war der weisen und zukunftsorientierten Entscheidung geschuldet, auch die Region Osthessen mit einem Polizeipräsidium zu beglücken. Und diese Existenzberechtigung wird Jahr für Jahr nicht nur durch eine über 60prozentige Aufklärungsquote dokumentiert, die von allen anderen Polizeibehörden nachhaltig angestrebt, aber bisher noch nicht erreicht werden konnte, sondern manifestiert sich nicht zuletzt auch in der vielfältigen Verankerung und engen Kooperation mit anderen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Verantwortung tragenden gesellschaftlichen Kräfte.

Etwas relativierend ließe sich einwenden, dass vielleicht nicht wirklich alle gekommen waren, aber mit rund 10.000 Besuchern fanden zumindest sehr, sehr viele den Weg zum polizeilichen Hauptquartier. Und diejenigen, die es aus unerfindlichen Gründen vorzogen, nicht zu kommen, dürften es nachhaltig bereut haben.

Denn der Tag der offenen Tür beim Polizeipräsidium Osthessen bot nicht nur einen tiefen Einblick in die Polizei, ihre Aufgaben sowie Führungs- und Einsatzmittel, sondern auch ein attraktives, breit aufgestelltes und bunt gefächertes Veranstaltungs- und Rahmenprogramm.

Begonnen hatten die Planungen hierfür im November 2008, als Herr Polizeipräsident Sauer den Verfasser mit den Vorbereitungen und der Durchführung dieser Veranstaltung beauftragte. Ihm zur Seite stand ein hoch motiviertes Organisationsteam mit folgenden Arbeitsbereichen:

Technik, Catering: PHK Hofmann, Abt. Zentrale Dienste,

Öffentlichkeitsarbeit: EKHK Heim/ PHK Sippel, PÖA,

Fahrzeugausstellung: PHK Gleitsmann, Abteilung Einsatz/ PHK Waider, PAST Petersberg,

Logistik: OI Blumenthal, Abt. Verwaltung,

Veranstaltungen: PHK Tegl/ POK Poremba,

Kriminalitätsbekämpfung: KHK Röder/ KOK Konze, KD,

Kinderanimation: POK 'in Jehnert, PSt. Fulda,

Prävention, Infostände: PHK Hofmann, Abteilung Einsatz ,

Cafeteria: PHK Hau, PSt. Fulda,
Leitung: PD Flohr, Abteilung Einsatz.

Ein knappes halbes Jahr später war es dann soweit, als Herr PP Sauer pünktlich um 11:00 Uhr, begleitet von den Klängen des Landespolizeiorchesters, die Bevölkerung zum Tag der offenen Tür begrüßte. Die Gesamtmoderation übernahm KHK Knoch, der gekonnt und souverän die zahlreichen Zuschauer durch das ganzjährige Programm führte.



Die OPE Osthessen bei einem Einsatzszenario.



Hundeführer POK Spies in Aktion.

„Die Hunde waren das Beste“ zog ein strahlender 10-jähriger Steppke, der auf den Namen Janik hörte, sein persönliches Resümee, das sicherlich von vielen Kindern, aber auch Erwachsenen geteilt wurde. Hundeführer POK Spies und seine Kollegen traten an diesem Tag dreimal mit jeweils meist unterschiedlichen Vorführungen auf und konnten sich stets der breiten Aufmerksamkeit des begeisterten Publikums sicher sein. Nicht minder interessiert zeigten sich die Besucher an den verschiedenen Einsatzze-

narien der OPE Osthessen, die unter der fachkundigen Leitung von POK Welke überdies die Möglichkeiten des Teleskopschlagstocks präsentierten.



SEK Kassel im Anflug auf das PP Osthessen.

Ein weiterer zuschauerintensiver Höhepunkt war der Einsatz des SEK Kassel, die mit einer Abseilübung aus einem Polizeihubschrauber und anschließender Festnahme eines flüchtenden Straftäters unter Einbeziehung von „spezial effects“ einen kleinen Einblick in die taktische und körperliche Leistungsfähigkeit dieser professionell agierenden Einheit, souverän moderiert von ihrem Leiter, POR Petersen, gewährte. Daran ändert auch ein kleiner „Brand-schaden“ an einem unbeteiligten Fahrzeug nichts, zumal der Fahrer im Gespräch mit dem Verfasser seiner Begeisterung über das Programm und der Veranstaltung insgesamt freien Lauf ließ.

Ein Hauch weltmeisterlicher Atmosphäre wehte schließlich über der Aktionsfläche, als Fußballerin Sandra Smisek in einer gemeinsamen Diskussionsrunde mit dem Fuldaer Polizeipräsidenten Ausführungen zum Thema (Leistungs-)Sport und Polizei machte.

Zum Abschluss präsentierte KOK Dithmar vom PP Nordhessen mit einer abenteuerlich anmutenden Nun-Chaku-Show seine Fähigkeiten im Umgang mit den verbotenen Würgehölzern (für die er eine Ausnahmegenehmigung besitzt) und brannte ein wahres Feuerwerk verschiedener Übungstechniken ab.

Aber auch das Rahmenprogramm und die verschiedenen Ausstellungen fanden eine große Resonanz bei der Bevölkerung. So

informierten freundliche und gut gelaunte Kolleginnen und Kollegen nicht ohne Stolz eine nicht enden wollende Besucherschar über ihren Aufgabenbereich oder Arbeitsplatz. Selbst sensible Bereiche wie die Wache der Polizeistation Fulda mit ihren (aus Sicht der Interessierten leider nicht besetzten) Gewahrsamszellen oder der Befehlsstelle im Führungs- und Lagedienst wurden dabei nicht ausgespart.

Was Verbrechern blüht, wenn sie in polizeiliche Obhut genommen werden, dokumentierten EKHK Gaschler und seine Kriminalbeamten beim ED. Zudem wurde kompetent über die Gefahren der zunehmenden Internetkriminalität informiert. Auch das neue DIF-Ausbildungszentrum und die Raumschießanlage konnten sich über Mangel an Zuspruch nicht beklagen, so dass PHK Tegl und sein Team kaum Gelegenheit fanden, ihre Versorgungsmarken noch rechtzeitig zu verwerten. Stark frequentiert war zudem dem Einstellungsberater, der mit viel Sachkunde und Toleranz einen wahren Beratungsmarathon absolvierte und den Boden für einen ausreichenden osthessischen Polizeinachwuchs bereitet haben dürfte.

Ähnlich erging es auch der „Truppe“ um POK in Jehnert, die für ein umfangreiches und vielseitiges Kinderanimationsprogramm sorgte. Hüpfburg, Kinderschminken und Bobby Car-Rallye waren nur ein kleiner Teil des gut angenommenen Angebots. So hatten die Eltern die Möglichkeit, hier ihren hoffnungsvollen Nachwuchs zu „parken“, um sich das facettenreiche polizeiliche Angebot selbst zu erschließen oder einfach nur in Ruhe einen Kaffee

oder andere Getränke mit niedrigschwelligem Prozentgehalt zu sich zu nehmen. Denn auch für das leibliche Wohl war ausreichend gesorgt.

Für die Grillstände konnte nach zahlreichen Gesprächen ein externer Anbieter gewonnen werden, so dass das unternehmerische Risiko in diesem Bereich gegen Null tendierte. Auch bei den Getränkepilzen war das PP Osthessen finanziell weitgehend „außen vor“, da sich erfreulicherweise mit der GdP, dem BdK und dem Polizeichor drei polizeinahe Organisationen bereit erklärten, jeweils einen Stand eigeninitiativ zu betreiben. So blieb letztlich nur die Cafeteria im neuen Versammlungsraum des Gebäudes E, die unternehmerisch zu verantworten war. Hier mühte ein sich augenscheinlich sehr wohl fühlender PHK Hau im Kreise seiner Damen, Kaffee und rund 80 (!) Kuchen an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Dies gelang im Übrigen nur bedingt, so dass Herr Polizeipräsident Sauer am



Die Hüpfburg - einer der Anziehungspunkte für die Kinder.

nächsten Tag alle Mitwirkenden zu einer dienstlich angeordneten „Reserverwertung“ einlud.

Auch wenn die offizielle Nachbereitung dieser Veranstaltung erst für Ende Juni 2009 terminiert ist, so lässt sich dennoch ein erstes Fazit ziehen:

Der Tag der offenen Tür des PP Osthessen ist bei der Bevölkerung



Der GdP-Getränkestand hatte reichlich zu tun.

und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörde sehr gut angekommen. Mit den unterbreiteten Angeboten und dem Programm hat man den Geschmack des „Kunden“ getroffen und die Institution Polizei hervorragend repräsentiert. Auch die mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beauftragten Verantwortlichen

zeigten ein hohes Maß an Motivation und identifizierten sich in beispielhafter Weise mit diesem Event, für das ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken darf.

Ob der zeitgleich stattfindende Challengelauf in Fulda, der erst zu einem späteren Zeitpunkt terminiert wurde, der polizeilichen Veranstal-

tung „geschadet“ und negative Auswirkungen auf die Besucherzahl gehabt hat, erscheint eher zweifelhaft. Gleichwohl hat auf jeden Fall die Berichterstattung in der regionalen Presse darunter gelitten, denn als Kooperationspartner befasste sich die Fuldaer Zeitung nahezu ausschließlich mit dem sportlichen Ereignis. Bedauerlich ist zudem, dass an diesem Tag kein Vertreter aus dem Innenministerium den Weg nach Fulda gefunden hat. Das lässt sich aber nachholen, denn schon jetzt beabsichtigt Herr Polizeipräsident Sauer zum 10-jährigen Bestehen des Polizeipräsidiums in 2011 erneut einen Tag der offenen Tür zu veranstalten. Dann besteht vielleicht auch die Möglichkeit, auf die hier unerwähnt gebliebenen vielfältigen anderen Aktivitäten einzugehen, die mit der Bitte um Verständnis in diesem Artikel keine Erwähnung gefunden haben, aber deren Beitrag und Engagement in keiner Weise hinter den genannten zurücksteht.

Ralf Flohr
Leiter Abteilungsstab Einsatz

GdP zu Verfassungsschutzbericht 2008:

Rechte rüsten zur Randale

Als Besorgnis erregend hat der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg, die zunehmende Gewalttätigkeit der rechtsextremistischen Szene bezeichnet.

Freiberg: „Der Anstieg der Gewalttaten mit rechts-extremen Hintergrund um 6, 3 Prozent, wie sie der Verfassungsschutz für das Jahr 2008 registriert hat, deckt sich mit den Erfahrungen der Polizei, die zunehmend auch zur Zielscheibe rechter Gewalt wird.“

Das erstmalige Auftauchen so genannter „Autonomer Nationalis-



ten“ am 1. Mai vergangenen Jahres in Hamburg signalisiere, so der GdP-Vorsitzende, dass die rechte Szene nach dem Vorbild der Links-

automen ihre Truppen für den Straßenkampf aufstelle und rüste.

Freiberg: „Bereits die Ereignisse am 1. Mai dieses Jahres haben gezeigt, dass die Polizei dringend eine personelle Verstärkung für länderübergreifende Großeinsätze benötigt. Die Entwicklung zeigt, dass wir künftig mit mehr gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremen Gruppen, aber auch mit vermehrten Übergriffen dieser Gruppen auf friedliche Demonstranten wie auf Polizistinnen und Polizisten zu rechnen haben.“

Skifreizeit 2009 in Saalbach-Hinterglemm



Die Truppe vor der Heimreise.

Die diesjährige Skifreizeit der BZG Südosthessen fand vom 21. bis 25. März im Ski- und Apré's-Eldorado von Saalbach-Hinterglemm statt. Während die Gruppe der „Gestörten“, um Peter Happ, bereits mitten in der Nacht Richtung Saalbach aufgebrochen war, um bereits den Samstag als Skitag nutzen, startete die sogenannte „Krabbelgruppe“ mit ihrem Leader Toaster erst am Samstagvormittag mit ihrem Kleinbus von Hanau aus in Richtung Alpen.

Schon die Anreise verlief feucht fröhlich. Rhöner Wurst, reichlich Sekt und so manches Bierchen lieferte die optimale Grundlage für die gute Stimmung, die ihren ersten Höhepunkt am späten Nachmittag erreichte, als sich die „Krabbelgruppe“ und die „Gestörten“ in Bauers Apré's-Bar vereinten. Nicht zuletzt aus den Erfahrungen des letzten Jahres wurde in diesem Jahr eine Unterkunft gewählt, die sich unmittelbar im Ort befand. So war es für jedermann leicht nach einem anstrengenden Ski- und/oder Apré's-Tag per Pedes die Pension zu erreichen.

„die Gestörten“, während diejenigen, die es etwas langsamer angehen ließen, sich als „Krabbelgruppe“ einen Namen machten.

Tagsüber gab es Treffpunkte wie die großartige, urige und originelle Berghütte „Die Schmiede“, wo regelmäßig in großer Runde eine Brotzeit eingenommen wurde. An den Abenden waren die „hinterhaag Alm“ oder „Bauers“ die favorisierten Treffpunkte, bevor des nachts bei der einen oder anderen gut besuchten Zimmerparty die Hausruhe unsere Pension ins Wanken geriet.

Die Skibedingungen waren im Übrigen hervorragend. Jeden Tag Neuschnee und viel Sonne machten den Ausflug zu einem unvergesslichen Ereignis. Es entstanden unter der bunt gemischten Truppe viele neue Freundschaften und alte wurden aufgefrischt. Die Teilnehmer und die Organisatoren der BZG waren und sind sich einig: Das machen wir nächstes Jahr wieder!

Wer also schon immer mal vom Toaster hören will, was ein „Mulf“ ist, oder wer wissen will, warum Mumien auf Brettern zwar komisch aussehen, aber wenigstens die Piste nicht per Lift verlassen, dem sei geraten, sich nächstens Jahr frühzeitig anzumelden.

Markus Hüschentbett/Peter Happ



Die Krabbelgruppe am Berg.

20 sonnen- und schneehungrige Wintersportler aus dem PP SOH waren dabei und kamen im Bezug auf Sonne und Schnee voll auf ihre Kosten, denn beides gab es reichlich in diesen Tagen.

mik litt (die beigefügten Bilder mögen ein Beleg dafür sein).

Die sportlichen Skifahrer, die in den Folgetagen versuchten ihren Skipass auszunutzen, erhielten schnell die anerkennende Bezeich-

Frühling an der Saar: Ausflug der GdP-Senioren zum Weltkulturerbe „Stahlwerk Völklinger-Hütte“

Ende April starteten die GdP-Senioren aus ganz Hessen zu einem gemeinsamen Vier-Tage-Ausflug an die Saar. Die Busfahrt begann in Schlitz und zugestiegen werden konnte in Hünfeld, Fulda, Hanau, Frankfurt, Wiesbaden und auf der BAB-Raststätte Lorsch-West, wo eine erste Pause eingelegt wurde. Hermann Müller hatte alles bestens organisiert. Die Tour führte über Kaiserslautern nach Bosen am schönen Bostalsee. Artur Jung, Bundesseniorenvorsitzender der GdP und Seniorenvorsitzender im Saarland, begrüßte die hessischen Gäste im „Hotel Merker“, einem beliebten Treffpunkt der Saar-GdP.



Ein Naturschauspiel der besonderen Art war für die GdP-Senioren der Besuch auf der „Cloef“, dem Aussichtspunkt, von dem aus man einen wunderbaren Ausblick auf die Saarschleife hat. gdpgl

Jung führte die Gruppe auch zum Bostalsee und informierte sie über diese Region. Mit einem gemeinsamen Abendessen endete der erste Tag.

Ein Stahlwerk als Weltkulturerbe

Am zweiten Tag stand zunächst eine Erkundung der Stadt Völklingen auf dem Programm. Artur Jung und sein Kollege Jürgen Friedling führten die Hessen nicht nur durch die Stadt, sondern auch zum ersten Höhepunkt der Reise, dem Weltkulturerbe „Völklinger Hütte“. Über zwei Stunden dauerte die sachkundige Führung durch das riesige Stahlwerk, wo einst viele Tausend Menschen rund um die Uhr Stahl produziert hatten. Der Anblick der gewaltigen Anlage war imponierend und bei den Erzählungen des Reiseleiters konnte man sich lebhaft vorstellen, wie das alles einmal funktioniert haben musste. Mit einem gemeinsamen Abendessen im Hotel und einem gemütlichen Beisammensein in guter Stimmung klang auch dieser Tag aus.

Das Naturschauspiel Saarschleife

Ein berauschendes Naturschauspiel erlebten die hessischen Senior/innen am dritten Tag beim Ausflug zur „Cloef“. Die „Cloef“ ist ein felsiger Aussichtspunkt im Scheitel der Saarschleife beim Mettlacher Ortsteil Orscholz. Dort zieht sich eine vorspringende Felsformation bis hinab zur Saar. Sie stellte in früherer Zeit ein Schifffahrtshindernis dar. Nach einem schönen Spaziergang erreichte die Gruppe den Aussichtspunkt mit dem traumhaften Ausblick auf die weltbekannte Saarschleife, ein viel fotografiertes Postkartenmotiv. Es war der zweite Höhepunkt der Reise. In Mettlach selbst wurde

die Ausstellung des Keramik Konzerns Villeroy und Boch besichtigt.

Das alles machte Appetit und so fand die Speisekarte mit „saarländischen Spezialitäten“ in der „Alten Brauerei“ in Mettlach großen Anklang.

Eine feuchtfrohliche Weinprobe

Der Weg führte dann durch das untere Saartal, vorbei an der „Saarburg“, nach Oberemmel. Im Weingut Kirchen-Kirchen wurden alle Senioren zu einer zünftigen Weinprobe erwartet. Nach den ersten köstlichen Tropfen wirkten die Zungen gelockert und alle waren sich einig, dass dies der eigentliche Höhepunkt der Reise sei. So war es auch nicht verwunderlich, dass die Rückreise zum Hotel mit einer Verspätung und einigen guten Flaschen Saarwein im Gepäck angetreten wurde. Die gute Stimmung hielt auch im Hotel an und so gelang ein schöner runder Abschiedsabend.

Die saarländische Heimat vertreten

Zufrieden traten alle Teilnehmer/innen am vierten Tag die Heimreise an. Der Wunsch nach einer Wiederholung der Tour, auch ein paar Tage länger, war nicht zu überhören. Hermann Müller bedankte sich im Namen aller Hessen bei Artur Jung und Jürgen Friedling für die gelungene Reiseleitung. Der Dank galt aber auch Hermann Müller, der in Losheim am See-Hausbach im Saarland das Licht der Welt erblickte und dort bis zu seinem 18. Lebensjahr gewohnt hatte. „Er hat seine saarländische Heimat gut vertreten“, bescheinigte ihm Artur Jung zum Abschied.

Hermann Müller
Seniorenvorstand

Die ersten schönen Tage des Jahres

Leider nur 33 Beförderungen gab es insgesamt mit Wirkung 01.04.09 im PP Südosthessen zu feiern. Aber immerhin alle, die auch möglich waren.

Die Bezirksgruppe Süd-Ost und die Kreisgruppen Main-Kinzig und Offenbach gratulieren allen Glücklichen (Verdienten) recht herzlich.

Am 08. April erhielt PHK Bernd Barthelmes, E 3-PvD, seine Urkunde zur Beförderung in die A 13 zum EPHK. (Leider gibt es hierzu kein Foto.)

Am 09. April waren Beförderungen in die A 11 und A 12 an der Reihe. Aus den Händen des Behördenleiters, PP Heinrich Bernhardt, erhielten u.a. POK „Joschi“ Schmidt die Urkunde zur Beförderung zum PHK sowie der stellv. Leiter der PAST, Udo Huck, die Beförderung in die A 12.

Sehr spät, aber nicht zu spät, geschuldet der neuen Rechtslage durch das Hessische Beamtenrechtsanpassungsgesetz, erfolgten die Beförderungen in die A 10. KD



**Foto oben: v.l. PP Bernhardt, daneben Joschi Schmidt, rechts Udo Huck.
Foto unten: Die strahlenden Oberkommissare/-innen.**

Stolpmann überreichte, nach Worten des Dankes für die geleistete Arbeit, den Kolleginnen und Kolle-

gen im Beisein ihrer Vorgesetzten, die Urkunden.

PAST Langenselbold hat neuen Chef

Seit 01. Februar 2009 ist Rolf Eichenauer „der Neue“ Chef der Autobahnstation an der A 45 bei Langenselbold, die er bereits seit Mitte des letzten Jahres kommissarisch während der Abwesenheit von Uli Albert leitete.

Jetzt, am 27.02.09, erhielt Rolf auch die dazugehörige Beförderungsurkunde zum EPHK (mit Wirkung 1.4.). Im Beisein seines Direktionsleiters POR Peter Liebeck und des stellvertretenden Personalratsvorsitzenden Jörg Schumacher übergab Polizeipräsident Heinrich Bernhardt Urkunde und Einweisungsverfügung. Rolf Eichenauer trat 1973 in die Hessische Polizei ein und versah lange Jahre Dienst beim PP Frankfurt, dort zuletzt bei der Verkehrsinspektion. 2001 wechselte er dann zum neuen PP Südosthessen um dort die Unfallfluchtgruppe auf-



V.l.: Jörg Schumacher, PP Bernhardt, PHK Rolf Eichenauer und POR Liebeck.

zubauen. Der weitere Karriereverlauf zunächst zum Leiter E+O der PAST im Jahr 2005 und nun zu deren Chef war dann vorhersehbar.

Wir wünschen Rolf auf seinem „neuen“ Posten alles Gute und zu seiner Beförderung natürlich nur das Beste.

J.S.

GdP-Beirat tagte in Wißmar

Auf der Beiratsitzung Ende April hat sich die GdP Hessen mit den Struktur- und Personalproblemen der Polizei in den kommenden Jahren beschäftigt. Neben der technischen Ausstattung der Polizei sind die weiterhin vorhandenen Personaldefizite im Beamten- und Tarifbereich vordringliches Problem. Großeinsatzlagen, Überstunden und mangelnde Polizeipräsenz in der Fläche dürfen zu keinen Schließungen von Polizeidienststellen führen.

Die Polizeiorganisation unterliegt durch neue Aufgaben einer gewissen Veränderung. Kriminalitäts- und Einsatzschwerpunkte verlagern sich bzw. kommen neu hinzu und haben somit auch Einfluss auf die Polizeiorganisation. Dies darf aber



In der ersten Reihe die Teilnehmer aus Osthessen: v.l. Manfred Spoelstra, Frank Diener, Holger Hofmann und Adelbert Steinberg.

und Polizei als Stimmungsmache hingestellt. Die GdP begrüßt, dass endlich ihre jahrelangen Forderungen zur Schaffung von Tarif- und Beamtenstellen für die Polizei in die Tat umgesetzt werden. Die im diesjährigen Landeshaushalt vorgesehenen neuen Tarifstellen wertet die GdP als der sprichwörtliche „Tropfen auf den heißen Stein“!

reits auf dem „Zahnfleisch“ und verkraften keine weiteren Stellenabzüge. Die Mindeststärken in den Schicht- und Ermittlungsgruppen und den Kommissariaten der Kriminalpolizei dürfen nicht frei wählbar sein! Sie müssen langfristig und vernünftig personell gesockelt werden. Die Einführung neuer/anderer Schichtmodelle ist nicht geeignet, bestehende Personaldefizite auszugleichen.

Aktive JUNGE GRUPPE

Die Zukunft der hessischen GdP stand im zweiten Teil der Beiratsitzung auf der Tagesordnung. Die Aktionen und Aktivitäten der Jungen Gruppe Hessen, zeigen, dass der gewerkschaftliche Nachwuchs ebenfalls die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Dies belegen auch die Einstellungszahlen der bei den Neueinstellungen der letzten Jahre. Ob Veranstaltungen, Plakataktionen oder sonstige Aktionen der Jungen Gruppe belegen, dass der Polizeinachwuchs um die enorme Wichtigkeit der Berufsvertretung GdP weiß.

Auch der GdP-Haushalt bedarf der Verabschiedung durch die Delegierten.

Die derzeitige Finanzkrise ist durch die solide Kassenführung von Michael Messer kaum spürbar. Mitgliedsbeiträge sinnvoll im Sinne der Satzungsaufgaben und der Interessen der Mitglieder zielgerichtet einzusetzen ist seit Jahren verfolgte Philosophie von Mike Messer. eg



Die BZG Südost war vertreten mit (v.l.) Peter Happ, Kurt Pfaff, und Matthias Schack.

nicht bedeuten, dass das Personal nur umverteilt wird und die erforderlichen, zusätzlichen Neueinstellungen unterbleiben.

Seit Jahren auf Personalprobleme hingewiesen

Seit Jahren weist die GdP auf das Personalproblem bei der Polizei hin. Die diesbezüglichen GdP-Aktionen in den zurückliegenden Jahren (Unterschriftenaktionen, Demos, sonstige Veranstaltungen und insbesondere die Postkartenaktion) wurden von den Verantwortlichen in Polizei

Neuen Aufgaben und Aufgabenverlagerungen stellen

Neue Kriminalitätsformen und Steigerungen der Fallzahlen, die zunehmende außerhessische Verwendung der hessischen Bereitschaftspolizei und die Neuschaffung neuer Sachgebiete in den Stäben lassen sich nicht durch interne Stellenverschiebungen wirksam ausgleichen. Der geübten Praxis durch interne Stellenverschiebungen diesem Phänomen Herr zu werden, erteilt die GdP eine klare Absage. Die Schicht- und Ermittlungsgruppen gehen be-

Gutes Ergebnis erzielt

Am Freitag, den 27. März 2009 fanden in Wiesbaden im Innenministerium die Tarifverhandlungen für die Angestellten des Landes Hessen statt. Mit dabei die GdP und somit auch die Tarifkommission der GdP.

Die Tarifkommission traf sich gegen Nachmittag in einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofs in Wiesbaden. Hier wurde eingekcheckt und dann ging es zu Fuß zur Geschäftsstelle der GdP. Dort besprach man bei einem Imbiss wie der Abend bzw. die Nacht wohl verlaufen würde. Ich glaube, keinem der Mitglieder/-innen der Tarifkommission war bewusst, dass wir unser Hotelzimmer erst nach Sonnenaufgang wieder sehen würden.

Im Vorfeld der Tarifverhandlungen hatte eine kleine Arbeitsgruppe von Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern unter Beteiligung von Erika Büttner Strukturen eines neuen hessischen Tarifvertrages (TV-H) vorbereitet. Trotz dieser guten Vorleistung sollte es eine lange Nacht werden.

Nun begann das lange Warten.

Kurz vor Mitternacht erhielten wir erste Rückmeldungen, diese wurden dann schon erfreulicher, aber letztendlich noch nicht zustimmungsreif.

In der Zwischenzeit warteten wir in unserem Besprechungsraum oder vor den Verhandlungsräumen. Es war schon sehr interessant die Verhandlungsführer der beteiligten Gewerkschaften und die der Arbeitgeber zu beobachten, die von einem Raum in den anderen huschten, sich besprachen und wieder zurück liefen. Ein tolles Erlebnis.

Gegen 01:00 Uhr wurden wir dann erneut von unseren Verhandlungsführern informiert. Die Ergebnisse waren nun schon besser. Jetzt mussten nur noch die Arbeitgeber zustimmen. Aber dies konnte dauern; das war klar. Kurz vor ca. 04:00 Uhr wurde es richtig hektisch, die

Verhandlungen drohten zu platzen. Der Innenminister war mit einem Punkt nicht einverstanden. Konnte aber in weiteren Beratungen überzeugt werden. Am Samstagmorgen nach über 14 Stunden Verhandlungsmarathon konnte eine Einigung bei den wesentlichen Eckpunkten erzielt werden.

Der Tarifkommission wurde durch Jörg Bruchmüller, Erika Büttner und Heinz Schiskowsky unmittelbar nach der Einigung die Ergebnisse vorgestellt und besprochen. Einstimmig hat die GdP-Tarifkommission der Einigung zugestimmt.

Unsere Kernziele konnten erreicht werden.

- | Keine Abkopplung der Einkommensentwicklung vom öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen.
- | Eine lineare Erhöhung in zwei Schritten und die im Juni 2009 auszuzahlende Einmalzahlung sind unter den gegenwärtigen schwierigen finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnissen mehr als ein tragfähiger Kompromiss.
- | Bei der Wochenarbeitszeit ist es gelungen, mit der 40-Stunden-Woche endlich eine einheitliche Regelung zu erreichen.

Natürlich ist es mehr als ein Wermutstropfen, das in dem neuen Tarifvertrag nicht allgemein die 38,5-Stunden-Woche des BAT gehalten werden konnte. Für viele Kolleginnen und Kollegen, für die noch dieser Tarifvertrag galt, bedeutet dies eine Arbeitszeitverlängerung um 1,5 Stunden. Gleichzeitig bein-



Matthias Schack im Gespräch mit Erika Büttner.

haltet diese Regelung aber eine Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden für alle Kolleginnen und Kollegen mit einem 42-Stunden-Vertrag.

Dabei ist es uns in den frühen Morgenstunden gelungen, über besondere Berufsgruppen (wie z.B. Schicht- bzw. Wechselschichtdienstleistende) hinaus, auch eine Besitzstandsregelung für diejenigen zu erreichen, die bis zum 31. Dezember 2009 das 58. Lebensjahr vollenden. Sie bleiben bei 38,5 Stunden.

Alle anderen Kolleginnen und Kollegen erhalten als „Ausgleich“ für die Verlängerung in den Jahren 2010 und 2011 drei freie Tage pro Jahr.

Mit Abschluss dieser Vereinbarungen ist das neue hessische Tarifwerk noch nicht komplett. Jetzt müssen noch umfangreiche weitere Verhandlungen, wie z. B. der Überleitungsvertrag (TV-Ü) etc. geführt werden. Um Missverständnissen vorzubeugen ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass unsere grundsätzliche Forderung zum Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) als legitime Forderung bestehen bleibt.

Matthias Schack
Offenbach

Prophylaxe gegen FSME für alle

Bei den Einsatzmaßnahmen rund um den Ausbau des Rhein – Main Flughafens kommen Einsatzkräfte aller Polizeipräsidien zum Einsatz. In der Mehrzahl Kräfte der Bereitschaftspolizei und den angrenzenden Präsidien Frankfurt und Südhessen, sowie Südosthessen. Der Hauptpersonalrat hatte bereits 2005 auf die Gefahren nach einem zeckenbiss eine Initiative gestartet, um eine landesweite, freiwillige „Zeckenschutzimpfung“ aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten angeregt. Dem wurde nicht in Gänze entsprochen. Neben Aufklärungsschriften und Veröffentlichungen im Intranet wurde mit Erlass 2007 mitgeteilt, „dass aufgrund der Impfeempfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) die Voraussetzungen gegeben sind, dass die Impfkosten grundsätzlich von der Beihilfestelle sowie den Krankenversicherungsträgern übernommen werden und insoweit keine Veranlassung besteht, kostenlos FSME Impfungen anzubieten.“

Dies ist und war aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend! Schließlich gilt gerade das Gebiet um den Flughafen auch als Risikogebiet – in solchen werden Impfungen anempfohlen. Im zurückliegenden Jahr wurde dann ein neuer Erlass veröffentlicht.

Aufgrund eines kurzzeitig bestehenden Verdachtes auf Borreliose im Zusammenhang mit den Einsatzlagen im Kelsterbacher Wald und der bis zum November eines Jahres bestehenden Aktivitäten von Zecken als Überträger von FSME wurde entschieden, den aktuell im Rahmen der Einsatzlage eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eine FSME-Impfung durch den Ärztlichen Dienst der hessischen Polizei anzubieten. Diesen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten wird angeboten, sich bei den Ärztlichen Diensten impfen zu lassen. Aufgrund der aktuellen Einsatzlage werden seitens des Ärztlichen Dienstes zwei Impfdosen (erste Dosis - Tag X; zweite Dosis nach drei Wochen bis drei Monate) verabreicht (Schutzwirkung bis zu zwei Jahren).

Auch diese Regelung ist aus unserer Sicht unzureichend! Nicht allein die in der Regelung aufgeführten Beamtinnen und Beamten der Behörden PP Frankfurt, Südhessen und HBPP versehen Dienst im Kelsterbacher Wald. Bedingt durch die zunehmenden Großlagen in

benachbarten Bundesländern ist die Bereitschaftspolizei an verschiedenen Wochenenden, beispielsweise am langen 1. Mai Wochenende, mit allen verfügbaren Kräften gebunden. Dann sind es die Flächenpräsidien, die die entsprechenden Kräfte im Kelsterbacher Wald stellen müssen. Wo bleibt hier die Fürsorge des Dienstherrn?

Im Saarland hatte im Übrigen ein Kollege nach einem Zeckenbiss im Dienst auf die Anerkennung als Dienstunfall geklagt – und Recht in letzter Instanz bekommen (OVG Saarlouis Urteil vom 22.4.2009, 1 A 155/08).



Grafische Darstellung einer Zecke, die sich gerade in die menschliche Haut einsticht.

Beschlussleitsatz: Ein Zeckenbiss bzw. -stich ist bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 BeamtVG auch dann als Dienstunfall anzuerkennen, wenn sich eine Folgeerkrankung (noch) nicht eingestellt hat.

Der Nachweis, dass ein Polizeibeamter, der sich zur Ausübung seiner dienstlichen Verrichtungen in einem Umfeld aufgehalten hat, in dem zur fraglichen Jahreszeit mit dem Auftreten von Zecken zu rechnen ist, während dieser dienstlichen Verrichtungen von einer Zecke befallen wurde, ist geführt, wenn das Gericht aufgrund der Gesamtumstände - insbesondere der

Schilderung des Ablaufs des dienstlichen Einsatzes und der in sich schlüssigen widerspruchsfreien Angaben des Beamten zu seinem Aufenthalt vor und nach dem Dienst - zu der Überzeugung gelangt, dass der Beamte sich die am Morgen nach dem Dienst entdeckte noch kleine Zecke mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit während des Dienstes zugezogen hat. Schlimm genug, dass sich der Dienstherr im Saarland gegen seinen Beamten gestellt hat.

Wir fordern in Hessen, alle Kolleginnen und Kollegen auf freiwilliger Basis kostenlos zu impfen!

Jens Mohrherr
Hauptpersonalrat

50 Jahre in der GdP

Anfang Mai wurde unserem Mitglied Eckhard Kietzmann die Ehre zuteil, die Urkunde und goldene Anstecknadel für 50 jährige treue Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei zu empfangen.

Kreisgruppenvorsitzender Peter Happ und der stellvertretende Schriftführer Ivo Schmitt wurden von dem Jubilar und seiner Ehefrau herzlich empfangen.

Nach einer teils humorvollen "Zeitreise" durch die berufliche und private Vergangenheit des pensionierten KTA beim Erkennungsdienst der ehemaligen Polizeidirektion Hanau, auf die Eckhard mit Stolz zurückblicken kann, überreichte Peter ihm die Ehrenurkunde und Ansteckna-



Eckhard Kietzmann (links) erhält von KG-Vorsitzender Peter Hao (rechts) die Ehrengaben zum Jubiläum.

del, sowie den nunmehr schon obligatorischen "Rhöner Schwartemagen" und ein Weinpräsent.

Ivo Schmitt
KG Main-Kinzig

Wachpolizisten zum PP Südosthessen

Rufe nach Personalverstärkung wurden endlich erhört.

Per Erlass an alle Präsidien wurde in diesen Tagen die Verteilung der 150 Stellen für zusätzliche Wachpolizisten bekannt gegeben. Neben dem PP Frankfurt am Main erhält das Polizeipräsidium Südosthessen mit 41 Stellen einen Löwenanteil aus diesem Personalpaket.

Die langwierigen gemeinsamen Bemühungen der Behördenleitung und der GdP fanden somit bei den Entscheidungsträgern in Wiesbaden endlich Gehör. Diese 41 Wachpolizisten, die in den nächsten Wochen eingestellt und im Herbst noch ihren Dienst aufnehmen werden, sind sicher nicht geeignet die permanente Personalmisere in den Dienstgruppen zu beseitigen. Umso wichtiger ist es daher, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und diese engagierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Wachpolizei künftig mit Aufgaben zu betrauen, die möglich und geeignet sind, eine Entlastung der Polizeivollzugsbeamten/-innen in allen Direktionen gleichermaßen herbeizuführen.

PH/PP SOH

Die gute Seele der PSt Schlüchtern geht in den Ruhestand

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Kreise zahlreicher Freunde, aktueller und ehemaliger Mitarbeiter verabschiedete sich die langjährige „gute Seele vom Geschäftszimmer der PSt Schlüchtern“, Frau Gilda Mehley-Kühl. Im niveauvollen Ambiente des Golfrestaurants von Alsberg würdigte Stationsleiter Otto Höhl, die Verdienste der langjährigen Mitarbeiterin, die mit Wirkung zum 01.06.09 die Freistellungsphase ihrer Altersteilzeit antreten wird. Für den Personalrat und die Gewerkschaft der Polizei überbrachte Peter Happ, die besten Wünsche.



Otto Höhl verabschiedet sich von Frau Gilda Mehley-Kühl.

Peter Happ, der mit Gilda Mehley-Kühl selbst viele gemeinsame Jahre bei der Polizeistation Schlüchtern Dienst verrichtet hatte, hob in seinem Grußwort die gekonnt spitz-

bübische Ironie von Gilda hervor, die nicht zuletzt oft zur guten Laune und damit zu einem guten Klima zu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beigetragen habe. Als Geschenk der Kreisgruppe durften natürlich der obligatorische Schwartemagen und die schicke Taschenuhr, zur zeitlichen Optimierung der künftig reichlich vorhandenen Freizeit, nicht fehlen. Wir wünschen unserem langjährigen Mitglied Glück und Gesundheit und viel Freude bei den nun geplanten zahlreichen Aktivitäten.

PH/GdP Main Kinzig

„Ben-Hur Wagenrennen“ in der Kurstadt Bad Orb

Allein Dank der Geistesgegenwart der Polizeioberkommissare Kerstin Knöll und Peter Wagner konnten schwere Personen- und noch weitere Sachschäden durch die scheuenden Pferde vermieden werden, die vergangene Woche in der Kurstadt für Aufregung sorgten. Ausgangspunkt war, dass ein Vierspänner zunächst vor dem Ausflugslokal „Haselruhe“ stand.

Der Gespannführer hatte die Pferde an einem Pfahl angebunden und die Bremse des Gefährts angezogen. Der morsche Holzstamm gab bei einer Bewegung der Tiere nach, brach und erschreckte die Pferde so, dass sie führerlos „davondüsten“. Der Halter wollte sie noch stoppen, kam aber einen Augenblick zu spät. Im Galopp donnerte das Gespann durch die Haselstraße und beschädigte mehrere geparkte Fahrzeuge erheblich.



Kerstin Knöll und Peter Wagner präsentieren stolz ihre Präsente.

Die alarmierten Beamten der Polizeistation waren im Nu vor Ort und konnten in der Haselstraße dem entgegenkommenden Gespann gerade noch ausweichen, bevor sie sich hinter die Kutsche setzen und die Pferde in einer spektakulären Aktion vor dem Bahnhofsrondell in eine Hecke abdrängen konnten. Glück im Unglück war dabei, dass Peter Wagner, selbst Pferdehalter, und Kerstin Knöll am Steuer in Bruchteilen von Sekunden die richtigen Entscheidungen trafen.

Die Tiere, die in Richtung Innenstadt unterwegs waren, hätten ungebremst die Kreuzung Untertor überquert und sicher ihren üblichen Weg über die Hauptstraße zum Salinenplatz gewählt, der zu diesem Zeitpunkt von zahlreichen Fußgängern frequentiert war. So kamen lediglich drei Pferde mit leichteren Blessuren davon. Ein Tier wurde schwer verletzt. Das beherzte Eingreifen der Beamten wurde nun in einer kleinen Feierstunde im Besprechungsraum der Polizeistation Bad Orb besonders gewürdigt. „Fast wäre Bad Orb bundesweit in negative Schlagzeilen geraten“, eröffnete der stellvertretende Dienststellenleiter Andreas Weiher die Ansprachen und verglich die rasenden Rösser mit einer Szene in dem berühmten Ben-Hur-Wagenrennen. Die

Beamten hätten bereits als sie die führerlosen Pferde auf den Streifenwagen zukommen sahen, die erste richtige Entscheidung getroffen. Und ohne das Abdrängen wäre es mit großer Sicherheit zu folgenschweren Unfällen gekommen, im schlimmsten Fall mit tödlichen Folgen.

Kriminaloberrat Karl-Heinz Becker, der amtierende Leiter der Polizeidirektion Main-Kinzig, sprach den beiden Beamten seine Anerkennung aus und überbrachte auch den Dank des Offenbacher Polizeipräsidenten Heinrich Bernhardt. Allein vom Lesen des nüchternen Textes im Lagebild habe er schon das Ausmaß dessen, was verhindert werden konnte, ermessen können. Dass den Tieren auf ihrer fast fünf Kilometer langen Flucht keine Personen in die Quere kamen, sei großes Glück.

Durch ihr umsichtiges Verhalten hätten die beiden Beamten auch großen Imageschaden von der Stadt abgewandt: „Ihnen gebührt höchstes Lob.“ Dem schloss sich Bürgermeister Wolfgang Storck, der zufällig direkt nach dem Abdrängen der Tiere am Unfallort war, vollinhaltlich an. Allein die Bremsspur der Kutsche und die demolierten Fahrzeuge auf dem Fluchtweg hätten gezeigt, welche Gewalt hier am Werke war. „Hundertprozentig hätten wir mit schwersten Unfällen rechnen müssen. Kerstin Knöll und Peter Wagner haben mit kühlem Kopf die letzte Chance vor der Kreuzung genutzt und großen Schaden abgewendet. Das war John-Wayne-reif.“ Mit Losen für die Jubiläumslotterie bedankte sich Storck bei den Beamten.

Dem Dank schlossen sich Thorsten Pfeifer, der als Kradfahrer mit weiteren Kollegen der Autobahnpolizei ebenfalls zufällig an der Unfallstelle war und mit anpackte, sowie Peter Happ vom Personalrat an. Happ war dann auch nicht mit leeren Händen gekommen. Er zeichnete für einen kleinen Imbiss verantwortlich und brachte zwei appetitliche Schwartemagen von der GdP (Gewerkschaft der Polizei) als kleines Dankeschön für die beiden Beamten mit.

Elsbeth Ziegler

„Urgestein“ Otmar Jestädt wird pensioniert

Im Rahmen einer kleiner Feierstunde wurde Polizeioberkommissar Otmar Jestädt am 16.04.09 im Beisein von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeistation Gelnhausen durch den Dienststellenleiter, EPHK Norbert Schikowski, in den Ruhestand verabschiedet.

Otmar Jestädt, der am 02.01.1967 als 17-Jähriger in die Polizei eingetreten war, trat nach der abgeschlossenen Ausbildung im Jahre 1969 bei dem damaligen Polizeikommissariat Gelnhausen seinen Dienst an. Dass es für Jestädt, der im Altkreis Schlüchtern zuhause ist, die einzige Dienststelle seines beruflichen Werdeganges bleiben sollte, hätte er damals selbst nicht geglaubt. „Es hat mir in Gelnhausen immer gut gefallen. Die Arbeit hat mir Spaß gemacht und das gesamte Umfeld hat immer gestimmt. Es gab keinen Grund auf eine andere Dienststelle zu wechseln“, führt Jestädt selbst als Ursache für seine fast 40-jährige Schichtdiensttätigkeit in der Dienstgruppe –B- bei der Polizei in Gelnhausen an.

In seiner Laudatio attestierte Stationsleiter Norbert Schikowski dem Jubilar, dass er sich auch ohne „Rotation“ zu einem sehr guten „Schutzmännchen“ mit hohem Fachwissen entwickelt habe, der immer eine Säule der Dienstgruppe gewesen sei. Seine umfangreichen Kenntnisse über den gesamten Dienstbezirk und die dortigen „Pappenheimer“ habe er immer gerne an die jungen Kollegen/-innen weitergeben.

Als „Urgestein“ der Dienststelle bezeichnete der stellvertretende Personalratsvorsitzende, Peter Happ, der die Glückwünsche des Personalrates übermittelte, den Jubilar, der sich im gesamten Main-Kinzig-Kreis einen Namen gemacht hatte.

Thorsten Pfeiffer, der die Glückwünsche der Gewerkschaft der Polizei übermittelte, erinnerte bei seiner Ansprache an zahlreiche Erlebnisse, die er selbst als junger Auszubildender



Dienststellenleiter Norbert Schikowski bedankt sich bei Otmar Jestädt mit einem Buchgeschenk.

bei der Polizeistation Gelnhausen mit Otmar Jestädt erleben durfte.

Dienstgruppenleiter Wolfgang Schilling überreichte ein Geschenk von der gesamten Dienstgruppe –B-, in der der Jubilar nahezu 40 Jahre Dienst verrichtet hatte.

Thorsten Pfeiffer
KG Main-Kinzig



Südosthessen



Herbstausflug

Samstag, den 19.09.2009, 08.00 Uhr

Abfahrt : 08:00 Uhr, Schlüchtern – Polizeistation; Zusteigemöglichkeiten in:
08:30 Uhr, Gelnhausen-Hallenbad;
08:50 Uhr, Hanau – Freiheitsplatz;
09:20 Uhr, Offenbach Parkplatz Mc-Donalds, Spremlinger Landstraße.

Programmablauf:

- Rustikales Frühstück mit Rhöner Spezialitäten
- Besichtigung Regierungsbunker bei Ahrweiler (Sitz der Bundesregierung im Falle eines atomaren Schlages)
- Fahrt mit einer nostalgischen Eisenbahn
- Gemütlicher Abschluss

Unkostenbeitrag:

(GdP - Mitglieder und Partner, je: 10.- €, Nichtmitglieder: 15.- €)

Anmeldungen erfolgen nach dem „Windhundverfahren“ bzw. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“.

Verbindliche Anmeldung durch Einzahlung auf das Konto 66100 der GdP Main - Kinzig, bei der Sparkasse Hanau, BLZ: 506 500 23. Eine Erstattung des Unkostenbeitrages ist im Verhinderungsfalle nicht möglich.

Rückfragen bei: Peter Happ (06051/827131) oder
Norbert Tumbrägel (06051/13505)

DGB Fulda feierte friedliches Mai-Fest

Seit 60 Jahren gibt es den DGB. Der 1. Mai stand in diesem Jahr unter dem Motto: **„Arbeit für alle bei fairem Lohn“**. Wie in den letzten Jahren veranstaltete der DGB-Kreisverband Fulda sein Maifest in den Fulda-Auen. Bei sonnigem Wetter war der Zulauf der Bevölkerung zum Festgelände sehr erfreulich. Schließlich wollten viele dem diesjährigen Hauptredner, unseren DGB-Landesvorsitzenden Stefan Körzell, hören.

Natürlich war der Schwerpunkt seiner Rede die Finanz- und Wirtschaftskrise. Körzell kritisierte die Finanzjongleure, die in dem immer mehr unregulierten Markt durch hochriskante Finanzaktionen das Desaster auslösten. Auf einmal ist bei diesen „Machern“ wieder der Staat gefragt, allerdings nur um deren Löcher zu stopfen. Hart setzte er sich auch mit der Politik auseinander, die jahrelang den Forderungen des Kapitalmarkts nur allzu gerne folgten. Jetzt muss die Politik handeln, was im Endeffekt den Steuerzahler (also von uns allen) viel Geld kostet. Gut ist dabei die Ausweitung des Kurzarbeiterprogramms auf bis zu 24 Monate, so Körzell. „Es muss alles getan werden, um Beschäftigung zu halten und zu sichern“ meinte Körzell. Falsch ist es die Lebensarbeitszeit zu verlängern - rich-



Infostand der osthessischen GdP auf dem Veranstaltungsgelände.

tig ist, diese wieder zu verkürzen. Ebenso forderte Stefan Körzell die Altersteilzeit weiterhin zu ermöglichen, um so jungen Menschen die Möglichkeit einer Festanstellung zu ermöglichen.

Zuvor fand eine Demonstration durch die Fuldaer Innenstadt, an der sich etwa 200 Personen beteiligten, statt. Vor der Deutschen Bank führten die „Fuldaer Domspatzen“ ein Monopoly-Spiel auf, bei welchem Kapitalisten, Banker und Politiker symbolisch hinter Gitter kamen.

Auf dem Festtagsgelände war die Kreisgruppe Fulda selbstverständlich wieder mit einem Stand vertreten. Viele Kinder und deren Eltern nutzten das Angebot, sich zu informieren und mit Souvenirs einzudecken. Viel zu tun hatten Sabine Bode und Michaela Winkler beim Kinderschminken.

Auch im nächsten Jahr wird die GdP in Fulda am Maifest wieder vertreten sein.

Thomas Scheunert, Fulda

Bundesversorgungsteilungsgesetz

Das neue Gesetz zur „Strukturreform des Versorgungsausgleichs“ (VASTRefG) wurde jetzt vom Bundestag beschlossen und tritt am 1. September 2009 in Kraft. Teil des Gesetzes ist auch die interne Teilung beamtenversorgungsrechtlicher Ansprüche von Bundesbeamten/innen im Versorgungsausgleich (Bundesversorgungsteilungsgesetz). Dieser Versorgungsausgleich regelt die Verteilung der Alterssicherungsansprüche nach einer Scheidung. Künftig wird jedes in der Ehe aufgebaute Versorgungsrecht im jeweiligen Versorgungssystem zwischen den Ehegatten geteilt. Bisher wurde es extern geregelt durch Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung. Den Ländern steht es offen, den Versorgungsausgleich ihrer Beamten/-innen nach altem oder neuem Recht selbst zu regeln. Es ist eine der Auswirkungen einer nicht durchdachten Föderalismusreform wo jedes Land mit seinen Beamten/-innen machen kann, was es will.

Norbert Schlüter in den Ruhestand verabschiedet

Nach 41 Dienstjahren wurde am 20. März Leiter der Polizeistation Rotenburg Norbert Schlüter, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Der Lispenhäuser war seit April 2002 Leiter der Rotenburger Polizeistation.

„Sie waren Schutzmann mit Leib und Seele und stets mit großem Elan und Freude im Dienst gewesen. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute. Sie haben stets Wert darauf gelegt, einer demokratischen Polizei anzugehören. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die tragenden Fundamente zur Wahrung von Freiheit und Sicherheit.“ Mit diesen Worten verabschiedete Günther Voß, Leiter der Abteilung Einsatz, Norbert Schlüter aus dem aktiven Dienst. Darüber hinaus würdigte Voß die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten von Norbert Schlüter. Schlüter, seit Jahrzehnten ein erfolgreicher Sportschütze, war auch im September 1972 während des Attentats bei den Olympischen Spielen in München als einer der Scharfschützen im Einsatz. Schießen musste er aber nicht. Als Erinnerung schenkte Voß



Erinnerungsfoto: v.l. Kreisgruppenvorsitzender Adelbert Steinberg, Norbert Schlüter, seine Ehefrau Marion und Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.

dem neuen Ruheständler eine Original-Einsatzmappe von damals.

Norbert Schlüter lernte nach seinem Realschulabschluss zunächst den Beruf des Großhandelskaufmanns bevor er im April 1968 in den Dienst des Landes Hessen eintrat.

Nach mehreren Jahren in der Bereitschaftspolizei wurde Schlüter 1976 über die Polizeiautobahnstation Petersberg zur Polizeistation Hüfeld versetzt. Im Anschluss war Norbert Schlüter 14 Jahre im Schichtdienst als Dienstgruppenleiter bei der Polizeistation in Rotenburg eingesetzt. Nach Stationen bei der damals neu in Bad Hersfeld eingerichteten Polizeidirektion Hersfeld-Rotenburg, in der Führungs-

gruppe und für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, übernahm er für ein Jahr die Leitung des Hauptsachgebietes Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Polizeipräsidium in Fulda, um nach Rotenburg zurück zu kehren und die Leitung der Polizeistation zu übernehmen.

Personalratsvorsitzender Thomas Scheunert ging auf die ausgeprägte soziale Kompetenz von Schlüter ein. Für den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Bruchmüller, war Norbert Schlüter ein sehr geschätzter Schutzmann. Für die nächsten Fahrradtouren im Fuldatal überreichte er Schlüter ein Fahrradtrikot der GdP.

Norbert Schlüter bedankte sich zum Schluss bei all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeistation Rotenburg.

Manfred Knoch
Bad Hersfeld

Vereinbarkeit in unterschiedlichen Lebensphasen

Eine der größten Herausforderungen in der Entwicklung familialer Beziehungen ist die Änderung der Lebensverläufe. Lebenserwartung und Mobilität sind gestiegen, berufliche und private Lebensabschnitte bunter und vielfältiger als früher. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst nicht mehr nur ein Thema für Erwerbstätige mit Kindern. In der Mitte des Lebens können die Pflege von Angehörigen, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder der gleitende Übergang vom Berufsleben in die Rente an-

dere Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellen.

Im Rahmen des DGB-Projekts „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ wurde nun in enger Kooperation mit der GEW ein Schulungskonzept für Bildungsanbieter erarbeitet, das vor allem die Berufsgruppe der Lehrer/innen ins Auge fasst. Die zehn Module sind für die Seminararbeit mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie deren Personalräte bzw. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte entwi-

ckelt worden, können aber auch auf andere Beschäftigtengruppen übertragen werden. Die Bildungsmodule dienen Trainer/innen als Anregung und Anleitung, das Thema „Vereinbarkeit in unterschiedlichen Lebensphasen“ zu bearbeiten.

Weitere Informationen zum Thema unter www.familie.dgb.de.

eg

Dienstjubiläum und Amtseinführungen in Osthessen

Im April wurden Anette Dietrich und Klaus-Dieter Fischer und Richard Heiß für ihre langen und treuen Dienste als Polizeibeamtin bzw. Polizeibeamte geehrt.

Anette Dietrich seit 25 Jahren bei der Polizei

In einer Feierstunde Anfang April beglückwünschte Polizeipräsident Sauer die Jubilarin und dankte für deren geleistete Arbeit. Nach ihrer Ausbildung verblieb sie zunächst in der Bereitschaftspolizei in Kassel. 1997 wurde sie dann nach Fulda in den Wechselschichtdienst zunächst abgeordnet, später dann versetzt. Seit 2003 versieht sie ihren Dienst in der PSt Hilders. Einige Zeit später wechselte sie dann dort in die Ermittlungsgruppe. Seit 2008 hat sie die Aufgaben der „Schutzfrau vor Ort“ übernommen.

Thomas Scheunert bedankte sich bei Anette auch für die Unterstützung des Personalrats beim PP Osthessen. Als Beamtin war sie immer auf der GdP-Liste als Nachrückerin aufgestellt und nahm an zahlreichen Personalratssitzungen teil. Anette vertrat und vertritt mit ihrer Kompetenz und Sachverstand in dieser Funktion vorbildlich die Inter-



Thomas Scheunert (links) gratulierte Anette Dietrich (rechts) und überreichte ein Präsent der Kreisgruppe.

essen unserer Beschäftigten. Als Dank erhielt Anette vom KG-Vorsitzenden das übliche flüssige GdP-Präsent.

Erfolgreicher DiF-Trainer feiert Dienstjubiläum



Klaus-Dieter Fischer

den entsprechenden Dankesworten ausgehändigt. Klaus-Dieter ließ sich nach seiner Schulzeit erfolgreich zum Energiegeräteelektroniker ausbilden bevor er sich entschloss Polizeibeamter zu werden. Nach seiner Polizeiausbildung richtete er zunächst seinen Dienst bei der Bereitschaftspolizei in Hannover. Es folgte der polizeiliche Einzeldienst im 3. Revier und danach in der BFE in Frankfurt. 2002 wurde dann K.D. (wie er im Kollegenkreis liebevoll genannt wird) heimatnah zur PSt Fulda versetzt. Seit 2003 erfolgte seine Umsetzung zu V 35 als DiF-Trainer.

Fast alle Beschäftigten des PP Osthessen haben mittlerweile im Rahmen der DiF-Ausbildung Klaus-Dieter kennen und schätzen gelernt. Seine Kompetenz und sein kollegiales Wesen wurde von Thomas Scheunert besonders hervorgehoben.

Auch K.-D. erhielt von der Gewerkschaft der Polizei als Präsent den flüssigen Traubensaft.

Einige Tage später erhielt Klaus-Dieter Fischer seine Jubiläumskunde von der Leiterin der Verwaltung, Frau Dr. Göttlicher, mit

Wir bedanken uns bei Anette und Klaus-Dieter noch einmal für ihre geleisteten Dienste, ihren Einsatz und ihre Kollegialität und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute.

Richard Heiß: Seit 25 Jahren im Polizeidienst tätig

Im Mai erhielt Richard Heiß aus den Händen seines Polizeidirektors Siegfried Schulz die Jubiläumskunde. In der Feierstunde wurden die dienstlichen Stationen von Richard gewürdigt.



Erinnerungsfoto. Richard Heiß (rechts) und Dienststellenleiter Peter Muth (links).

Nach seiner Ausbildung zum Schriftsetzer begann Richard 1984 beim Bundesgrenzschutz. Von dort wechselte er 1991 zur hessischen Polizei und verblieb bis 1993 bei der Bereitschaftspolizei in Mühlheim. Für ca. zwei Jahre wurde er danach zur PAsSt Neu-Isenburg versetzt, ehe Richard endlich die erhoffte Versetzung in sein Heimatbereich zur PSt Alsfeld gelang. Dort wurde er bis 2000 im Wechselschichtdienst eingesetzt. Im Jahr 2000 wurde Richard zur PSt Lauterbach umgesetzt, bei der er bis heute seinen Dienst im Schichtdienst bzw. in der DEG verrichtet.

Da Richard flexibel ist, übernahm er für ca. zwei Jahre die nebenamtliche Baubeauftragung für den Erweiterungsbau der PD Vogelsberg in Lauterbach.

Im Kollegenkreis ist Richard wegen seiner kollegialen Art und wegen seines Sachverstands überaus geschätzt.

Der Jubilar erhielt neben den Dankesworten des PD-Leiters die Glückwünsche von seinem neuen Stationsleiter Peter Muth und vom Personalratsvorsitzenden Thomas Scheunert. Von der KG Vogelberg wurde Richard das obligatorische Geschenk, ein reich gefüllter Präsentkorb, durch Thomas Scheunert überreicht.

Peter Muth ist neuer Leiter der Polizeistation Lauterbach

Polizeipräsident Sauer stellte Anfang Mai, die neuen Leiter der Polizeistationen Alsfeld und Lauterbach vor. EPHK Harald Bartel wird der neue Leiter der Polizeistation Alsfeld und EPHK Peter Muth der neue Leiter der Polizeistation Lauterbach.

Peter Muth begann nach der mittleren Reife im Herbst 1978 seine Ausbildung bei der Polizei und versah im Anschluss daran zwei Jahre lang seinen Dienst bei der Bereit-



schaftspolizei. Als Streifenbeamter war er beim 1. Revier in Offenbach und der Polizeistation Hanau II eingesetzt. 1988 begann seine Ausbildung zum gehobenen Dienst. Als Dienstgruppenleiter kehrte er zur

Polizeistation Hanau II zurück. In dieser Funktion verschlug es ihn nach Nordhessen zur Polizeiautobahnstation Kassel bis er dann Heimatnah zur Polizeistation Fulda versetzt wurde. Mit der Gründung des neuen Polizeipräsidiums Osthessen 2001 wechselte Herr Muth zur Abteilung Einsatz und übernahm hier die Funktion des Polizeiführers vom Dienst.

Die osthessische GdP gratuliert zur neuen Aufgabe und wünscht ein glückliches "Händchen" für die neue Aufgabe.

Hans-Georg Ruffer zum Polizeioberberrat befördert

Der Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport, Herr Boris Rhein, und Landespolizeipräsident Norbert Nedela händigten die Urkunden aus und gratulierten zur Beförderung.

Auch das Polizeipräsidium Osthessen war mit einer Beförderung in

dieser Runde vertreten. Polizeirat Hans-Georg Ruffer, in der Abteilung Einsatz als Hauptsachgebeitsleiter E 1 verantwortlich, wurde zum Polizeioberberrat befördert.

Ltd. Polizeidirektor Günther Voß hatte seinen Mitarbeiter in die Landeshauptstadt begleitet und war der erste Gratulant des Polizeipräsidiums Osthessen.

TS/eg

Neuregelung des Beamtenstatus

Am 1. April 2009 ist das neue Beamtenstatusgesetz in Kraft getreten. Es regelt die grundsätzlichen Rechtsverhältnisse der Beamt/innen in den Ländern. Es ist eine der Auswirkungen der Föderalismusreform. Danach hat der Bund nur noch die Regelungskompetenz für das Statusrecht der Beamt/innen in den Ländern, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten der Länder.

Leider ist es nicht geglückt, hier ein wirklich einheitliches Statusrecht zu schaffen. Die Länder haben zu viele Möglichkeiten, Ausnahmeregelungen zu schaffen. Die Föderalismusreform hat dem Kirchturmdenken der Länder Tür und Tor geöffnet. Ob Dienstrechtsreformgesetz, Beamtenrechtsneuordnungsgesetz oder Landesbeamtengesetz, überall muss man jetzt den Plural nehmen, da die Länder mehr oder weniger machen können, was sie wollen. Einheitlichkeit ist ein Fremdwort – und das angesichts einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Union. Mitbestimmungsrechte gibt es nicht, nur ein Beteiligungsrecht des DGB. Das ist allerdings nichts wert.

Der Begriff „Statusrecht ist neu geregelt in Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 des Grundgesetzes. Danach enthält der Text des Art. 74 zu Statusrechten und –pflichten der Beamt/innen auch das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht. Die sind aber kompetenzrechtlich aus der Zuständigkeit des Bundes herausgenommen worden. Was alles in dem Gesetz enthalten ist und was davon neu ist, z.B. die Frage der Staatsangehörigkeit, der Eintritt in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand, ist im Internet zu finden unter . Dort auf „Titelsuche“ gehen und eingeben „beamtenstatusgesetz“.

Norbert Weinbach

2. Verkehrspolitisches Forum der GdP in Potsdam

Unter dem Motto: „Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination?“ trafen sich Verkehrsexperten und Praktiker der Polizei Anfang April.

In seiner Eröffnungsrede führte Konrad Freiberg in das Thema ein und ließ keinen Zweifel daran, dass wir als Gewerkschaft uns der begleitenden Verantwortung bewusst sind und diese gesamtgesellschaftliche Problemstellung aus der Sicht der „Fachleute“ begleiten werden.

Rund 120 Teilnehmer begleiteten diese Fachtagung. Sieben Kollegen aus Hessen befanden sich unter ihnen und brachten ihr Fachwissen in dieses Forum mit ein.

Ein Vortrag von MdB Heidi Wright, Mitglied im Verkehrsausschuss, Rainer Hillgärtner, Auto Club Europa, Dietmar Oeliger, NABU und EPHK Hubert Schwaninger, PASt Braunschweig eröffneten mit ihren Vorträgen die praktische Arbeit des Verkehrsforums zu einem neuen, der aktuellen Situation angepassten, Konzept der GdP.

Rainer Hillgärtner sehr schnell deutlich, wo ein Teil des Widerspruchs zu unserem Leitthema liegt.

- ê Wir ärgern uns über den Stau, als wären nur all die anderen die Verursacher der Verkehrsblockade.
- ê Wir regen uns auf über Feinstaub und Klimawandel und beanspruchen gleichzeitig Ausnahmen für die Zufahrt in die städtischen Umweltzonen.
- ê Wir kommen mit dem Auto längst nicht mehr so schnell von A nach B. Aber deshalb gleich auf Bus oder Bahn umsteigen?
- ê Wir verursachen Unfälle, doch investieren wir viel lieber in eine Sitzheizung anstatt in ein Bremsassistentensystem.
- ê Wir machen uns mit Jogging fit und lassen uns dafür mit dem



Teilnehmer aus Hessen.

Navi auf weit entfernte Waldparkplätze lotsen.

Die Mobilität, vor allem die individuelle, ist in unserer modernen Industrie- und Informationsgesellschaft vor allem ein Motor für Wachstum und Wohlstand. Wer die Forderung nach einem Ausstieg aus der automobilen Gesellschaft verlangt, der ist in höchstem Maße unrealistisch, um nicht zu sagen, ignoran.

Wer unsere mobile Gesellschaft wirklich zukunftstauglich machen will, der sollte sich von alten Gewohnheiten zu lösen versuchen, der sollte zu allererst Blockaden im eigenen Kopf beiseite räumen.

Dort brauchen wir freie Fahrt für neue Ideen.

Dietmar Oeliger, Umweltreferent der NABU vertrat eine Sichtweise – hier der Schutz von Tieren - die, ob sie wollen oder nicht „Teil des Individualverkehrs“ sind.

In seinen Ausführungen fokussierte sich Dietmar Oeliger auf den Lebensraum, den sich im Individualverkehr Mensch und Tier teilen müssen.

Unter Darstellung der bereits „zerschnittenen“ und der noch „unzerschnittenen“ Räume wird deutlich, welch gewaltiges, dichtes Verkehrsnetz Deutschland durchzieht. An Hand der Grafiken wurde den

Fachleuten sehr schnell deutlich, dass es für die heimische Tierwelt in weiten Teilen unmöglich ist, gefahrlos sich in ihren Wanderkorridoren zu bewegen. Demzufolge natürlich auch nicht gefahrlos für uns als Verkehrsteilnehmer, nachfolgende Zahlen verdeutlichen dies:

In den Jahren 2005/2006 wurden 224.948 Stück Fallwild (Reh/Schwarz/Rotwild) bei Verkehrsunfällen getötet. Ziel muss es laut Oeliger sein:

- | Landschaften durch weitere Verkehrswege zu zerschneiden.
- | Die Vernetzung bestehender Lebensräume und Schutzgebiete in einen so genannte Biotopverbund.
- | Wanderhindernisse müssen überwindbar gemacht werden.
- | Bei unabweisbaren Straßen- und Trassenneubauten muss die Einrichtung von „Querungshilfen“ selbstverständlich sein.

Die intensive Aufarbeitung des NABU im Bezug auf die bestehenden Problemzonen hat zu der Erkenntnis geführt, dass es alleine in Deutschland 910 Konfliktpunkte mit national bedeutsamen Korridoren gibt. Davon bezeichnet Oeliger 125 Konfliktpunkte als „vordringlichen Bedarf“.

Hubert Schwaninger, Autobahnpolizei Braunschweig stellte die provokante Frage: **„Brauchen wir einen Anwalt für Verkehrssicherheit?“** 4.467 Tote im Straßenverkehr im vergangenen Jahr ist ein historischer Tiefstand. Heißt jedoch, dass täglich zwölf Menschen im Straßenverkehr sterben und über 1.100 verletzt werden. Sind diese Zahlen Synonym für eine schlechte Verkehrsmoral in Deutschland? Losgelöst von dieser Frage und einer möglichen Antwort ist Hubert Schwaninger der festen Überzeugung: „Ja, zur Linderung von Leid, zur Reduzierung volkswirtschaftlicher Schäden und zum Erhalt hoher Mobilität brauchen wir Anwälte für Verkehrssicherheit“

Bei seiner Betrachtung eines zentral gelegenen Autobahnabschnitts der A2 ist er sich sicher, dass die hier dargestellten Erfahrungen und Erkenntnisse in weiten Teilen die Feststellungen vieler Kolleginnen und Kollegen widerspiegeln und somit eine durchaus repräsentative Grundlage für sein Plädoyer bilden. Nachdem sich in den Jahren 2000-2002 in dem besagten Abschnitt die Unfallzahlen dramatisch erhöhten und dies trotz eines dreistreifigen Ausbaus und einer optimalen baulichen Neugestaltung eintrat, forderte man sofort ein Tempolimit von 120 km/h. Dadurch trat eine deutliche Reduzierung der Unfallzahlen ein und die Personenschäden gingen gravierend zurück. Ab 2005 nahmen die Verkehrsunfälle wieder deutlich zu, hierfür wurde ein gestiegenes Verkehrsaufkommen von 16,1 Prozent analysiert. Der Schwerlastverkehr nahm im gleichen Zeitraum jedoch um ca. 30 Prozent zu. Dies führte dazu, dass der Schwerlastverkehr an bis zu 70 Prozent der Unfälle beteiligt war.

Ein weiterer Punkt in der Darstellung von Hubert Schwaninger waren die digitalen Abstandskontrollen. Etwa 120 Verstöße pro Stunde werden auf dem besagten Streckenabschnitt festgestellt, erfasst werden nur die Unterschreitungen des Mindestabstandes von weniger als die Hälfte). Ein Drittel der begangenen



Verstöße werden von Ausländern begangen, die abgesehen von Ausnahmesituationen i.d.R nicht verfolgt werden..

In seiner Zusammenfassung hält Huber Schwaninger ein Plädoyer zum Erhalt/Erhöhung der Verkehrssicherheit durch:

- è Präventionsarbeit – auch international (Transitland)
- è Verbesserung und Vernetzung der Verkehrsmanagementsysteme (VMS)
- è Stationäre Verkehrsüberwachung im Bereich der VMS
- è Abstandswarn- und ggf. –eingreifsysteme mindestens für LKW
- è Verbesserte Verfolgung der von Ausländern begangenen Verkehrsverstöße (Datenaustausch)
- è Halterverantwortlichkeit auch in Deutschland

Für das neue verkehrspolitische Programm der GdP werden wesentliche Inhalte aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen in die neuen GdP-Schriftenreihen eingearbeitet. Als GdP wollen wir die Herausforderung für eine gesamtgesellschaftliche Gestaltung, unter Berücksichtigung unserer tiefen, praktischen Erfahrung, erneut annehmen, Möglichkeiten und Alternativen aufzeigen und den Mut haben, Visionen darzustellen, von denen wir schon heute wissen, dass sie morgen real sein werden. Wenn wir diesen Mut

haben, können wir „vor die Lage“ kommen und laufen einer Entwicklung nicht hinterher!

Inhaltlich setzen wir uns u. a. mit nachfolgenden Themen auseinander:

- | Verstärkt nehmen wir Kinder in den Fokus.
- | Jugendliche in Verbindung mit der Frage Führerschein mit 17 (begleitendes Fahren).
- | Senioren, Fußgänger, Rad- und Kradfahrer werden wir einer besonderen Betrachtung unterziehen.
- | Schwerlastverkehr, u.a. Sozialvorschriften und Parkflächenproblematik (Telematiksysteme).
- | GdP positioniert sich hinsichtlich Ordnungswidrigkeiten und Strafverfolgung.

An Beispielen der Kolleginnen und Kollegen der Polizeiautobahnstationen wird deutlich, dass wir in „besonderen Aufgabenbereichen“ zwingend Spezialisten brauchen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden können. Durch die Fokussierung auf Verwendungsbreite laufen wir Gefahr, erforderliches Fach- und Spezialwissen zu verlieren. Aber auch der Personalabbau bei der Polizei hat wesentlich dazu beigetragen.

Das 2. Verkehrspolitische Forum hat im Ergebnis eine Vielzahl von Handlungsfeldern beleuchtet. Politik, Wissenschaft, Vertreter der Automobilclubs und nicht zuletzt Polizei und GdP sind aufgefordert, sich verantwortungsbewusst der bevorstehenden Aufgabe zu stellen.

Lothar Hölzgen
Fachausschuss "Schutzpolizei"

Vertrauensleuteseminar auf der Ronneburg

Im Jugendzentrum der Ronneburg wurde am 14. und 15. Mai ein Seminar für angehende Vertrauensleute im Bereich der BZG Südosthessen durchgeführt.

Als Referenten konnten vom Landesvorstand Ewald Gerke und Jörg Schumacher, vom Hauptpersonalrat Henning Möller und Rudi Ott vom örtlichen Personalrat gewonnen werden. In kurzweiligen Vorträgen wurden die Seminarteilnehmer umfassend über die Arbeit in den Gremien der GdP und der Personalräte informiert.

Die Bedeutung und der Aufgabenbereich von Vertrauensleuten, als Multiplikator, Betreuer („Kümmerer“) und Bindeglied zwischen Basis und den jeweiligen Funktionsebenen wurden herausgestellt und waren ebenfalls Schwerpunktthe-



Henning Möller (rechts) gibt den Teilnehmern einen Überblick über die Aufgaben des Personalrats.

men. Thorsten Pfeiffer, der als einer der Organisatoren ebenfalls teilgenommen hatte, war Garant dafür, dass die Geselligkeit und der damit verbunden Unterhaltungswert der

Veranstaltung sich über beide Tage ständig auf einem hohen Niveau befand.

PH/PP SOH

Wieder Verstärkung eingetroffen



Erinnerungsfoto.

Am Mittwoch, den 08. April 2009, hießen PP Heinrich Bernhardt, Führungskräfte und Vertreter des Personalrates unsere neuen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium in Offenbach herzlich willkommen.

Füllen doch diese 17 neuen Mitarbeiter/Innen wenigsten einen Teil der freien Stellen beim PP Südosthessen auf. Dennoch bleibt immer noch eine große Personallücke. Dies wurde ihnen während der offi-

ziellen Begrüßung auch deutlich gemacht.

Im Anschluss an den offiziellen Teil war noch etwas Zeit für den ein oder anderen Smalltalk in einem gemütlicheren Rahmen, sich einfach wenigstens etwas kennen zu lernen. Da der notwendige „Verwaltungskram“ bereits vorher erledigt worden war, wurden die `Neuen` nach dem obligatorischen Foto auf ihre Dienststellen entlassen.

Den GdP-Mitgliedern, unter ihnen, die vom Bezirksgruppenvorsit-

zenden Jörg Schumacher noch mit einigen Begrüßungsgeschenken versorgt wurden, sagt die Bezirksgruppe Süd-Ost sowie die Kreisgruppen Offenbach und Main-Kinzig hier noch einmal „Herzlich Willkommen“ und wünscht ihnen alles Gute.

Bei allen Fragen: Euere GdP ist für Euch da!

BZG/JS

Beförderungen beim PP Osthessen



Im Rahmen einer Feierstunde konnte Polizeipräsident Eckhard Sauer Ende März die Beförderungs-urkunden aushändigen. Zur Beförderungsfest waren die Beamtinnen und Beamten in Begleitung in Begleitung ihrer Dienstvorgesetzten gekommen. Erstmals fand diese im neuen Besprechungsraum, der „guten Stube“ des Polizeipräsidiums statt.

Der Polizeipräsident konnte drei Beamten die Urkunde zur Beförderung nach A 13, vier Beamten nach

A 12 und fünf Beamte nach A 10 aushändigen.

Für den Personalrat gratulierte Thomas Scheunert den frisch beförderten Kolleginnen und Kollegen. In seinen Ausführungen machte er deutlich, dass insbesondere auf Nachfrage des Personalrats zwei weitere Beförderungen nach A 10 ausgesprochen werden konnten.

Einladung zur Seniorentagung in Niederjossa

Am 27.10.2009, um 10.00 Uhr, veranstaltet die GdP-Osthessen ihre diesjährige Seniorentagung in Niederjossa im Sportlerheim.

- | Vormittags referiert der Leiter der Beihilfestelle über aktuelles zum Beihilferecht.
- | Nachmittags gibt es einen weiteren Vortrag vom zuständigen Sachbearbeiter beim RP Kassel über die Pflegeversicherung.

Für Essen und Trinken ist wie immer gesorgt.

Anmeldungen an: **Hermann Müller (Tel.: 06652/ 4622)** und **Ewald Gerk (Tel: 0661/ 9013525 Mail: ewald.gerk@polizei.hessen.de)**

Ewald Gerk

Arbeitszeugnisse

Grundsätzlich sind Arbeitgeber zu einer fairen und objektiven Beurteilung verpflichtet. Ein Zeugnis sollte wohlwollend formuliert sein und der Inhalt sollte der Wahrheit entsprechen. Aus diesen Vorgaben ergeben sich beim Verfassen von Arbeitszeugnissen naturgemäß gewisse Konflikte, die sich aber durchaus lösen lassen, indem man beispielsweise im Falle einer eher negativen Beurteilung auch positive Leistungen oder Eigenschaften stärker hervorhebt.

Ausgesprochen positiv werden Leistungen mit Formulierungen bewertet, die verstärkende Ausdrücke wie etwa hervorragend, überdurchschnittlich, äußerst etc. enthalten. *Herr/Frau X besitzt hervorragendes Fachwissen. Selbst schwierigste Aufgaben löste Herr/Frau X äußerst sicher.*

Formulierungen, die positive Adjektive enthalten, ohne diese jedoch besonders hervorzuheben, werden im Allgemeinen noch als positive Beurteilung gewertet:

Herr/Frau X arbeitete zügig und exakt. Herr/Frau X löste auch schwierige Aufgaben.

Immer noch einen zumindest befriedigenden Eindruck hat der oder die Beurteilte hinterlassen, wenn sich im Zeugnis folgende Formulierungen finden: *Herr/Frau X verfügte über das erforderliche Fachwissen und setzte es erfolgsversprechend ein. Herr/ Frau X war den Aufgaben gewachsen.*

War ein Arbeitgeber nicht mit den Leistungen des/der Beurteilten zufrieden, sollte dies im Zeugnis lediglich angedeutet werden (man denke an die Maßgabe wohlwollend): *Herr/Frau X übernahm die ihm/ihr übertragenen Aufgaben und führte sie unter Anleitung aus. Herr/Frau X zeigte mitunter Fleiß und bemühte sich um Sorgfalt.*

gdp

Horst W. Bichl: Ein Schutzmann verlässt die Bühne!

Vor über 200 Gästen wurde der Leiter der Alsfelder Polizei, EPHK Horst W. Bichl nach 35-jähriger Tätigkeit in den Reihen der hessischen Polizei verabschiedet. Als besonderer Gast und Gratulant war Innenminister Volker Bouffier nach Romrod gekommen. Dass der scheidende Erste Hauptkommissar eine beliebte Persönlichkeit ist, zeige die große Zahl von Freunden, Weggefährten und Kollegen, die zur Verabschiedung gekommen seien. Bichl sei, "ein hervorragender Vertreter des klassischen Schutzmannes", der seinen Beruf zur Berufung gemacht habe. Als besonderen Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit bei der Polizei sowie das Engagement bei der IPA überreichte Innenminister Bouffier einen Hessischen Löwen aus Porzellan.

Der osthessische Polizeipräsident ließ die beruflichen Stationen des gebürtigen Fuldaers Revue passieren, der nach einer kaufmännischen Lehre und Bundesgrenzschutz 1974 bei der Polizei



Adelbert Steinberg (links) überreichte Horst W. Bichl (rechts) im Namen der osthessischen GdP einen Präsentkorb zum Abschied aus dem aktiven Dienst.

begonnen hatte. Nach seiner Ausbildung für den gehobenen Dienst, versah Horst W. Bichl auf verschiedenen hessischen Polizeidienststellen seinen Dienst, bevor er wieder zur Polizeistation Fulda zurückkam. 1996 wurde er Pressesprecher bei der damaligen Polizeidirektion Fulda. Diese Tätigkeit übte Horst W. Bichl auch noch in den ersten Jahren des neuen PP Osthessen aus.

Im Anschluss daran übernahm er die Leitung der PAST Bad Hersfeld.

Vor fünf Jahren wurde er Chef der Polizeistation Alsfeld. Sauer bescheinigte Bichl, "auch als Chef Mensch geblieben zu sein". Neben der Fähigkeit, "ein hervorragender Vorgesetzter zu sein", zeichne ihn aus, "dahin gegangen zu sein, wo er gebraucht wurde".

Seinen "Respekt vor der Lebensleistung" Horst W. Bichl bekundete der stellvertretende Vorsitzende des Personalrats des Polizeipräsidiums Osthessen, Adelbert Steinberg. "Du wirst Deinen Mitarbeitern fehlen", betonte er.

Abschließend sagte Horst W. Bichl, dass er mit einer "tollen Mannschaft" zusammenarbeiten dürfte, auf die er "ganz stolz" sei.

eg/gdp

Hersfelder Polizei kontrolliert Motorräder

Wie in jedem Jahr war auch der Beginn der Motorradsaison 2009 mit erheblichen Risiken für die Bikerinnen und Biker verbunden. Gründe hierfür sind zum einen die Überschätzung der eigenen Fähigkeiten, welche zu Fahr- und Verhaltensfehlern führen, sowie das Herantasten an die Leistungsgrenzen von Fahrer und Maschine, bei der häufig die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten wird oder es zu Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt.

Schwerpunkt der polizeilichen Kontrollmaßnahmen war im Jahr 2008 die Landesstraße 3336 zwischen den Ortschaften Ludwigsau und Rotenburg. Durch den Kontrolldruck sowie baulicher Maßnahmen konnten hier die Unfallzahlen unter Beteiligung motorisierter Zweiräder von 2007 auf 2008 um 66,6 % gesenkt werden.



Kollege Jörg Mertens (rechts) bei der Kontrolle eines Kradfahrers.

Ein besonderes Augenmerk soll, neben den erfahrenen Bikern, auch in diesem Jahr der Risikogruppe der jugendlichen Moped- und Motorradfahrer gelten. Angefangen von Verstößen gegen die Helmpflicht bis

hin zu technischen Veränderungen, zur Steigerung der Bauart bedingten Höchstgeschwindigkeit, an den Zweirädern bietet sich hier ein breites Deliktsspektrum. Die Verstöße werden überwiegend bewusst und gewollt begangen, obwohl den Jugendlichen die rechtlichen Konsequenzen hinlänglich bekannt sein dürften.

Um eine nachhaltige Änderung des Verhaltens von besonders auffälligen Kradfahrern zu erzielen sind intensive Kontrollen der Polizei, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, notwendig. Das festgestellte Fehlverhalten muss dem Jugendlichen und Heranwachsenden bewusst gemacht werden, damit sie sich nachhaltig daran erinnern und künftig verkehrsgerecht handeln, um Gefahren von sich und anderen Verkehrsteilnehmern abzuwenden.

Manfred Knoch

Das Berufsbeamtentum - ein Buch mit 7 Siegeln?

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, die Rechte und Pflichten oder das Spannungsverhältnis zwischen Berufsbeamtentum und den Grundrechten sind immer wieder Gegenstand der Diskussion. Insbesondere werden diese bei Verfehlungen gerne zitiert bzw. das Verhalten des Beamten, der Beamtin unter Zuhilfenahme dieser Grundsätze bewertet.



Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums

Art. 33 Abs. 4 u. 5 GG bilden die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums. In Absatz 5 wird dem Gesetzgeber ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, der in der Vergangenheit längst nicht ausgeschöpft wurde.

Die zurückhaltende Fassung („...unter Berücksichtigung“) deutet darauf hin, dass bei der Regelung des Rechts des öffentlichen Dienstes die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nicht zwingend zu beachten, sondern lediglich zu berücksichtigen sind.

Da die „hergebrachten Grundsätze“ des Berufsbeamtentums nirgendwo niedergelegt sind, musste sich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) schon mehrfach mit ihrer Auslegung auseinandersetzen. Das Gericht hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass es sich immer dann um hergebrachte Grundsätze handelt, wenn es um den Kernbestand von Strukturprinzipien geht, die mindestens zur Zeit der Weimarer Reichsverfassung als verbindlich anerkannt waren.

Zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehören nach zahlreichen Einzelentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts beispielsweise:

- | das öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis. Für Beamte ergeben sich von jeher besondere Berufspflichten, vor allem Treue und Gehorsam.

- | die volle Hingabe an den Beruf. Die Dienstleistungspflicht ist durch ständige Dienstbereitschaft geprägt.
- | das achtungs- und vertrauenswürdige Verhalten. Beamte sind als Repräsentanten des Staates gehalten, ihr Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes so auszurichten, dass es den Erfordernissen ihres Berufes gerecht wird.
- | die Amtsverschwiegenheit. Dieser Grundsatz gilt auch noch nach Beendigung des aktiven Beamtenverhältnisses.
- | Die Alimentation (Grundsatz der [amts-]angemessenen Besoldung und Versorgung der Beamten und ihrer Familie).
- | Das Lebenszeitprinzip. Es ist darauf ausgerichtet, Beamte lebenslanglich anzustellen.
- | Das Laufbahnprinzip. Dies ist eng verknüpft mit „lebenslangen“ Berufsbeamten.
- | Das Leistungsprinzip. Es sichert und beherrscht den grundgesetzlich verankerten Zugang zu allen öffentlichen Ämtern, beim Eintritt in den Staatsdienst und beim Aufstieg.
- | die unparteiische Amtsführung. Beamte haben sich bei der Wahr-

nehmung ihrer Aufgaben parteipolitisch neutral zu verhalten.

- | Unzulässigkeit des Beamtenstreiks. Verbot kollektiver Maßnahmen zur Wahrung gemeinsamer Berufsinteressen.
- | die Fürsorgepflicht. Als Gegenstück zur Treuepflicht der Beamten gegenüber dem Dienstherrn.
- | das Recht auf Beamtenvertretungen. Beamte haben das Recht, sich in Gewerkschaften oder Berufsverbänden zusammenzuschließen.
- | das Recht auf Einsicht in die Personalakten. Mit diesem Recht wird Beamten Gelegenheit gegeben, sich vor Aufnahme von Sachverhalten in die Personalakte zu äußern und
- | der gerichtliche Rechtsschutz. Beamte sind über Beschwerden und Behauptungen tatsächlicher Art zu hören: es ist ihnen der Beschwerdeweg einzuräumen.

Das Berufsbeamtentum im Spannungsverhältnis zu den Grundrechten

Das Grundgesetz enthält in den Artikeln 1 bis 19 die Grundrechte. Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG gewährleistet, dass kein Grundrecht in seinem Kernbereich angetastet werden darf. Alle in der Verfassung verankerten Grundrechte gelten daher grundsätzlich auch für Beamte.

Dennoch gibt es für Beamte teilweise tief einschneidende Grundrechtsbeschränkungen, die sich aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums ergeben.

Einige Grundrechte gelten für sie daher nur in dem von Art. 19 Abs. 2 GG geschützten Kernbereich. Beispielfähig sollen hier zwei von mehreren Grundrechtsbeschränkungen eingehender betrachtet werden.

Art. 19 Grundgesetz:

(Abs 2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

Meinungsfreiheit

Obwohl dem Wortlaut des Art. 5 Abs. 1 zufolge „jeder“ das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, kann von Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung nur im Rahmen ihrer besonderen Treuepflicht zum Staat wahrgenommen und ausgeübt werden. Zu dieser Auffassung kommt das Bundesverfassungsgericht in seiner Abwägung zwischen dem individuellen Freiheitsrecht auf Meinungsäußerung und der Institutionalisierung des Berufsbeamtentums.

Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu entschieden: „Jedes Verhalten, das als politische Meinungsäußerung gewertet werden kann, ist nur dann verfassungsrechtlich durch Art. 5 GG gedeckt, wenn es nicht unvereinbar ist mit der in Art. 33 GG geforderten politischen Treuepflicht des Beamten. Im konkreten Fall ist dann die Vereinbarkeit der Äußerung mit der politischen Treuepflicht des Beamten nach dem Grundsatz, dass rechtlich begründete Grenzen des Art. 5 GG im Lichte des durch sie begrenzten Grundrechts auszulegen sind, zu entscheiden.“

Art. 5 Grundgesetz:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(...)

Koalitionsfreiheit

Die Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG gibt allen Arbeitnehmern und -innen das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Dieses Grundrecht gilt elementar auch für Beamtinnen und Beamte und hat in § 91 des Bundesbeamtengesetzes seinen Niederschlag gefunden.

Allerdings wird das Koalitionsrecht von Beamten nicht in allen Aspekten des Art. 9 Abs. 3 GG geschützt, sondern nur in seinem Kernbereich. So können sich Beamte nach der derzeit herrschenden Rechtsauffassung des BVerfG nicht auf die Tarifautonomie und das Streikrecht berufen, die wesentlicher Bestandteil der Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG sind.

Dem Wortlaut des Grundgesetzes ist in Art. 9 Abs. 3 keine Beschränkung dieses Grundrechts zu entnehmen. Zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung für das Streikverbot der Beamten werden die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums herangezogen.

Denn nach Auffassung des BVerfG zählen sie zu Werten mit Verfassungsrang, zu deren Schutz die Koalitionsfreiheit eingeschränkt werden könne. Die in Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistete Koalitionsfreiheit werde von den hergebrachten Grundsätzen des Art. 33 Abs. 5 GG soweit eingeschränkt, wie es die Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Funktionsträger erfordere. In Anknüpfung an eine frühere deutsche Verwaltungstradition fordere das Grundgesetz ein Berufsbeamtentum, das gegründet auf loyale Pflichterfüllung eine stabile Verwaltung sichert, so das BVerfG. Mit der Neutralität der Amtsausübung im Dienste des ganzen Volkes sei daher das Streikrecht für Beamte nicht zu vereinbaren.

Als Ausgleich für diese weitreichende Grundrechtsbeschränkung wurden mit dem § 94 BBG lediglich kollektive Beteiligungsrechte bei der Vorbereitung beamtenrechtlicher Regelungen festgelegt, die die Spit-

zenorganisationen der Gewerkschaften wahrnehmen.

Trotz dieses Ausgleichs durch gewerkschaftliche Beteiligungsrechte wird die Rechtsauffassung des BVerfG indes von zahlreichen Rechtswissenschaftlern nicht mehr geteilt. Nach ihrer Auffassung und nach Meinung der Gewerkschaften können die hergebrachten Grundsätze in Art. 33 Abs. 5 GG das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit in Art. 9 Abs. 3 nicht in diesem Maße einschränken.

Diese Ansicht wird auch durch einen internationalen Vergleich gestärkt. In zahlreichen europäischen Nachbarstaaten gibt es bereits umfassende Streik- und Verhandlungsrechte auch für Beamte. Diese Regelungen zeigen, dass Neutralitätspflicht und Streikrecht für Beamte nicht unvereinbar sind. In einigen Ländern ist das Streikrecht für Beamte zwar grundsätzlich gegeben, unterliegt aber Einschränkungen.

Auch das demonstriert, dass die Funktionsfähigkeit des Staates anders gewährleistet werden kann als durch ein Totalverbot. Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist da immerhin die Entscheidung des BVerfG (BvR 1213/85 vom 12. März 1993), derzufolge zumindest ein Streikbrechereinsatz von Beamtinnen und Beamten verfassungswidrig ist.

Art. 9 Grundgesetz:

(Abs.3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Reihe wird fortgesetzt...
(weitere Infos unter www.DGB.de)